

50 Jahre  
Fakultät  
PSGW

Sven Bernhard Gareis  
Maximilian Terhalle (Hg.)

# Frieden und Sicherheit in der Zeitenwende

50 Jahre Gesellschaftswissenschaften  
an der Führungsakademie

Sven Bernhard Gareis  
Maximilian Terhalle (Hg.)

# Frieden und Sicherheit in der Zeitenwende



Dies Academicus anlässlich 50 Jahre  
Gesellschaftswissenschaften an der  
Führungsakademie der Bundeswehr

Führungsakademie der Bundeswehr  
Hamburg  
12. September 2024

# Inhalt

Ralf Kuchler Grußwort	5
Sven Bernhard Gareis Einführung in den Dies academicus	8

## Vergangenheit und Gegenwart

Elmar Wiesendahl 50 Jahre Gesellschaftswissenschaften an der Führungsakademie der Bundeswehr	16
Winfried Nachtwei Sicherheitsvorsorge als gesamtgesellschaftliche Aufgabe	30

## Wege zu Frieden und Sicherheit – wissenschaftliche Konzepte und Theorieansätze

Matthias Gillner Wege zu Frieden und Sicherheit – wissenschaftliche Konzepte und Theorieansätze	48
Sabine Jaberg „Zeitenwende“ in friedenswissenschaftlicher Perspektive	52
Maximilian Terhalle Strategische Grundannahmen internationaler Wahrnehmung	62

## Impressum

Herausgeber: Führungsakademie der Bundeswehr  
Leiter Fakultät Politik, Strategie und  
Gesellschaftswissenschaften  
Professor Dr. Sven Bernhard Gareis

Generalleutnant-Graf-von-Baudissin-Kaserne  
Blomkamp 61  
22549 Hamburg  
Telefon: 040 8667 6700  
E-Mail: fueakbwfakpsgw@bundeswehr.org

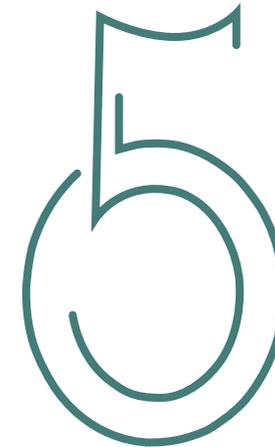
Druck: BAIUDBw DL I 4,  
Zentraldruckerei BAIUDBw

Layout: Oberstleutnant Dr. Elmar Heinz

Diese Publikation ist Teil der Informationsarbeit des Bundesministeriums der Verteidigung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

# Gesamtgesellschaftliche Sicherheitsvorsorge gegen komplexe Bedrohungen

Maren Tomforde Hybriden Bedrohungen und Grauzonenaktivitäten begegnen	76
Cornelia Schenke Russland im Krieg: Politische Transformation und ideologische Radikalisierung	80
Militärstrategische Antworten auf neue Herausforderungen	88
Sven Bernhard Gareis Russlands Bedrohung als starke demokratische Gesellschaft entgegentreten	92
Autorinnen und Autoren	97



50 Jahre  
Fakultät  
PSGW



## Grußwort des Kommandeurs

Sehr geehrte Damen und Herren,  
werte Kameradinnen und Kameraden,

die Führungsakademie der Bundeswehr blickt auf 50 Jahre enger Begleitung der Ausbildung des militärischen Spitzenpersonals durch Dozentinnen und Dozenten aus geistes-, sozial- und politikwissenschaftlichen Disziplinen zurück.

Der Beitrag der Fakultät Politik, Strategie und Gesellschaftswissenschaft (PSGW) zur Reflexion militärischen Denkens und Handelns im gesamt-gesellschaftlichen Kontext war und bleibt wesentlich. Er dient der festen Verankerung des Leitbilds vom „Staatsbürger in Uniform“ und den Grundsätzen der Inneren Führung in der beruflichen Identität der an unseren Lehrgängen teilnehmenden Offizierinnen und Offiziere.

Dieser Beitrag ist in der Zeitenwende umso wichtiger, in der unser freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen mit existenziellen Gefahren konfrontiert wird. Ihnen können Staat, Bundeswehr und Gesellschaft nur gemeinsam geschlossen begegnen.

Ansätze und Wege hierzu wurden während des Dies Academicus der Fakultät PSGW am 12. September 2024 vorgestellt und mit einem breitgefächerten Publikum aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Militär diskutiert. Die Beiträge werden im vorliegenden Bändchen vorgestellt.

Ich lade alle Leserinnen und Leser herzlich dazu ein, sich in den weiteren Austausch zu den Themen dieses Dies Academicus einzubringen und gemeinsam mit uns Perspektiven für Frieden und Sicherheit zu entwickeln.

Ralf Kuchler  
Konteradmiral  
Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr



50 Jahre  
Fakultät  
PSGW

# 50 Jahre Gesellschaftswissenschaften an der Führungsakademie der Bundeswehr



# Einführung in den Dies Academicus

Sven Bernhard Gareis

Der Dies Academicus aus Anlass von 50 Jahren sozialwissenschaftlicher Lehre an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg versammelt eine große Zahl von Menschen, die unsere Arbeit in den letzten Jahrzehnten geprägt, begleitet und bereichert haben, die mit uns zusammengearbeitet haben und weiter kooperieren, die an Fragen der Bewahrung und Gestaltung des Friedens und deren Bedeutung für die Ausbildung des militärischen Spitzenpersonals interessiert sind.

Es sind viele langjährige Wegbegleiterinnen und -begleiter aus den früheren Fachbereichen Sozialwissenschaft (SOW), Human- und Sozialwissenschaft (HSW) sowie Sicherheitspolitik und Strategie (SPS) zu uns gekommen, aus denen dann die nunmehrige Fakultät Politik, Strategie, Gesellschaftswissenschaft (PSGW) hervorgegangen ist. Anwesend sind auch viele aktive Kolleginnen und Kollegen, Kameradinnen und Kameraden, aus der Wissenschaft, aus dem Militär (es sind ja neben der Bundeswehr auch Vertreter verbündeter Streitkräfte hier), aus vielen Institutionen, Organisationen und Arbeitsfeldern, mit denen wir enge Beziehungen pflegen. Nicht zuletzt sind aber auch viele junge Menschen aus Universitäten, Think Tanks und Arbeitsgemeinschaften wie der bundesweit aktiven „Sicherheitspolitik an Hochschulen“ hier, die sich intensiv mit unseren Themen beschäftigen – und die vielleicht künftig den einen oder anderen Staffeln aufnehmen werden.

Diesen Dies Academicus veranstalten wir zwar aus Anlass von 50 Jahren sozialwissenschaftlicher Lehre an der Führungsakademie. Wir haben diesen Tag aber bewusst nicht als Jubiläum mit verklärender Rückschau angelegt. Dieser Tag fällt in herausfordernde, schwere Zeiten in der Weltpolitik, für die euro-atlantische Gemeinschaft und natürlich für Deutschland, seine Bevölkerung sowie die Bundeswehr.

Natürlich bedarf es eines Rückblicks – und Elmar Wiesendahl hat sich dankenswerterweise zu bereiterklärt, uns diesen aus seiner langen Erfahrung heraus zu gewähren. Wir müssen schon wissen, woher wir kommen, um zu verstehen, wo wir uns befinden und wohin wir gehen wollen. Für unseren Dies Academicus insgesamt aber haben wir uns „Frieden und Sicherheit in der Zeitenwende“ als Leitthema gewählt – also den Blick in die Zukunft.

Der Frieden steht im Zentrum all unserer Bemühungen. Der Frieden ist die Zielgröße, von der aus wir denken und an der wir unser Handeln ausrichten haben. Dies ist das mahnende Vermächtnis von Generalleutnant Wolf Graf von Baudissin, einem Vordenker nicht nur der Inneren Führung, sondern auch der deutschen Friedensforschung sowie dem Namensgeber der Kaserne, in welcher unsere Fakultät beheimatet ist.

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Gewalt und Krieg. Dies ist eine notwendige, aber noch nicht hinreichende Bedingung. Wirklicher Frieden bildet einen Rahmen, innerhalb dessen sich Menschen in Würde, frei, selbstbestimmt, in gerechten sozialen Verhältnissen, frei von Angst und Not bewegen und einander in Respekt und Achtsamkeit begegnen können. Johan Galtung hat hierfür den Begriff des „positiven Friedens“ geprägt.

Dieser Frieden ist in großer Gefahr. Für ihre Sehnsucht nach einem solchen Frieden, nach Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und Wohlstand wird die Ukraine seit 2014 Jahren mit einem Krieg überzogen, der seit dem 24. Februar 2022 immer mehr die Züge des Versuchs annimmt, ein Volk, seine Kultur umfassend zu vernichten. In diesem Krieg geht es nicht vorrangig um Territorium, sondern um die Frage wie sich menschliches Leben gestaltet – unter den Bedingungen eines positiven Friedens oder denen einer menschenverachtenden Diktatur. Damit geht dieser Krieg auch uns unmittelbar an – noch nicht in Gestalt von Bomben, Granaten und Panzern, wohl aber in vielgestaltigen Versuchen, unseren freiheitlichen Gesellschaften ihren Kern zu rauben: in gegenseitigem Respekt und Vertrauen zusammenleben können. Hybride Kriegsführung ist der Sammelbegriff für diese Art von Bedrohungen, die unterhalb der Schwelle klassisch-militärischer Gewaltanwendung bleiben, nichtsdestoweniger aber ein großes Zerstörungspotenzial aufweisen.

Ihr Ziel ist es, Gesellschaften zu spalten und bei ihren Mitgliedern Neigungen zu erwecken, aus verlorenem Vertrauen in Demokratie und Freiheit oder aus Angst vor vermeintlichem oder auch tatsächlichem Statusverlust extremistischen Rattenfängern mit ihren scheinbar einfachen Lösungen für die schwierigen Probleme der Welt auf den Leim zu gehen – und so aktiv den Weg in die Unmündigkeit zu wählen. Am Ende dieses Weges steht jedoch kein Frieden, sondern letztlich die Zerstörung menschenwürdigen Lebens.

Der Frieden muss also geschützt werden, er ist kein einmal erworbener und uns dann für immer garantierter Zustand. Schon in der Charta der Vereinten Nationen bilden der Frieden und die internationale Sicherheit ein untrennbares Begriffspaar.

Frieden und Sicherheit in der Zeitenwende verlangen daher einen starken und handlungsfähigen Staat, zu dem natürlich eine funktionierende Bundeswehr und die wirksame Einbindung in verlässliche Allianzen wie die NATO oder die Europäische Union gehören. Über die auf der Agenda wieder weit nach oben gerückte Fähigkeit zu Abschreckung von und Verteidigung gegen mögliche Angriffe von außen hinaus ist es erforderlich, eine umfassende Daseins- und Sicherheitsvorsorge zu gewährleisten, die das schon sichtbar beschädigte gesamtgesellschaftliche Vertrauen in die Überlegenheit unserer freiheitlich-demokratischen Lebensformen gegenüber Autokratien und Diktaturen wiederherstellt und bewahrt. Dies sind die wesentlichen Voraussetzungen für eine resiliente Gesellschaft, die den hybriden Herausforderungen nicht nur zu widerstehen vermag. Vielmehr wissen deren Mitglieder, was sie zu verlieren haben – und werden sich entsprechend aktiv für Freiheit und Demokratie als Grundlage von echtem Frieden engagieren. Wege, Ansätze, Überlegungen hierzu sollen während dieses Dies Academicus und natürlich auch in seiner Folge offen und kontrovers, zugleich aber respektvoll und konstruktiv diskutiert werden. •

## Vergangenheit und Gegenwart

50

50 Jahre  
Fakultät  
PSGW



### Wir bildeten Menschenketten



Sicherheitsvorsorge als gesamtgesellschaftliche Aufgabe  
Wolfgang Nachtwei, ehem. MdB, Berater Innere Führung + ziv. Krisenprävention





Bild: Bundeswehr/Dr. Heinz

## 50 Jahre Gesellschaftswissenschaften an der Führungsakademie der Bundeswehr

Elmar Wiesendahl

**A**ls Professor Sven Gareis mich fragte, ob ich beim Dies Academicus zu 50 Jahren Gesellschaftswissenschaften an der Führungsakademie der Bundeswehr einen Eingangsvortrag halten könne, willigte ich sogleich ein. Schließlich bin ich ein Gewächs der Führungsakademie. Von Beginn an, von 1973 bis 1992, zählte ich als Dozent für Soziologie zum gesellschaftswissenschaftlichen Lehrkörper an der Führungsakademie. Nach einer Interimsphase von 14 Jahren als Professor für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr in München kehrte ich als Fachbereichsleiter an die Führungsakademie zurück und blieb dort bis zu meiner Pensionierung

2010. Die Geschichte der Gesellschaftswissenschaften an der FüAkBw spiegelt sich also überwiegend als unmittelbarer lebensgeschichtlicher Erfahrungshintergrund in der Geschichte meines langen beruflichen Werdegangs wider.

Um 50 Jahre Gesellschaftswissenschaften an der Führungsakademie der Bundeswehr selbst mit grobem Strich nachzuzeichnen, fehlt mir Zeit und Raum, um diesen langen Zeitabschnitt chronologisch aufzubereiten und detailliert nachzuerzählen. Auch möchte ich keinen tiefeschürfenden akademischen Vortrag halten, der die Gesellschaftswissenschaften in ihrer Beziehung zur Bundeswehr und zur Führungsakademie einer fachwissenschaftlichen Analyse unterzieht.

Mein Ansatz ist ein anderer: Ich möchte den Stellenwert der Gesellschaftswissenschaften und die spannungsreiche Beziehung zur Führungsakademie herausarbeiten und bediene mich dabei einer besonderen Perspektive. Die habe ich mir bereits als Student durch frühe Lektüre des großen deutschen Soziologen und Nationalökonom Max Weber erarbeitet, der sie in seinem Meisterwerk „Wirtschaft und Gesellschaft“ entwickelt hat.

Es geht um die Macht- und Einflussperspektive: aus Menschenhand hervorgehende Veränderungen und politische Entwicklungen sind auf das Wirken von beteiligten Akteuren mit ihren besonderen Intentionen und Leitvorstellungen zurückzuführen. Wie Beteiligte handeln, kann einvernehmlich, abgestimmt oder in Konkurrenz und teilweise auch im Widerstreit zueinander geschehen. Von diesem Blickwinkel aus will ich einige Aspekte zur fünfzigjährigen Geschichte der Gesellschaftswissenschaften an der Führungsakademie herausstellen.

### Wie die Gesellschaftswissenschaften in die Führungsakademie kamen

In der Tat führt die Frage nach den Gesellschaftswissenschaften zurück auf einen größeren zeitgeschichtlichen Zusammenhang, nämlich dem der Bildungsreform der Bundeswehr, die zu Beginn der 1970er Jahre durch den Verteidigungsminister Helmut Schmidt initiiert und umgesetzt wurde. An seiner Seite stand als Schlüsselakteur Professor Thomas Ellwein als Leiter der Bildungskommission. Er brachte mich übrigens in die Bundeswehr. Damals ging es um eine maßgeblich von ziviler Seite konzipierte und in die Bundeswehr top down implantierte grundlegende Reform der Offiziersaus- und -fortbildung. Im Mittel-

punkt stand die Akademisierung des Offizierberufs, was aus zwei Beweggründen heraus geschah.

Ein wichtiger Grund bestand erstens in einer prekären Nachwuchskrise der damaligen Bundeswehr in den späten 1960er Jahren. Mit einem kostenfreien akademischen Studium sollte der Beruf in seiner Attraktivität gesteigert werden.

Zweitens ging es um einen Anschluss an einen allgemeinen gesellschaftlichen Modernisierungstrend in allen fortgeschrittenen Industrieländern des Westens, nämlich der Verwissenschaftlichung von Führungsberufen, wovon wirtschaftliche und politische Spitzenberufe generell erfasst wurden. Demgegenüber bildete damals noch dem Selbstverständnis des Offizierskorps der Bundeswehr nach der Offizierberuf einen praktischen Beruf und hatte dementsprechend weder beim Berufseinstieg noch beim Aufstieg in Spitzenverwendungen eine akademische Vorbildung zur Voraussetzung.

Im Zuge der Bildungsreform wurden in Hamburg und in München die beiden Universitäten der Bundeswehr als Reformuniversitäten errichtet, die den Zugang zum Offizierberuf von der erfolgreichen Absolvierung eines akademischen Eingangsstudiums abhängig machten. Diese Reform-Unis wurden zwar aus dem Etat der Bundeswehr bezahlt. Doch in ihrer Gliederung und ihrer Leitungsstruktur folgten sie den Vorgaben von zivilen wissenschaftlichen Hochschulen. Sie unterliegen als wissenschaftliche Einrichtungen ausschließlich der zivilen Kontrolle der Wissenschafts- und Forschungsministerien/-behörden der Länder Bayern und des Stadtstaates Hamburg. Die Studiengänge wurden nach den Lehrplänen und Prüfungsordnungen des zivilen Hochschulwesens aufgebaut. Nicht zuletzt sollte für Zeitoffiziere der Übergang in die zivile Berufswelt erleichtert werden. Dies glückte erfolgreich, was dem vergleichsweise hohen Standard und Ansehen der akademischen Ausbildungsabschlüsse geschuldet war.

Mit den beiden Hochschulen verband sich gegenüber der Hochschullandschaft ein besonderer Reformimpetus. Zur Studienzeitbegrenzung wurde ein Trimesterstudium eingeführt und die Fachstudien-gänge wurden mit einem allgemeinwissenschaftlichen Begleitstudium versehen, was prüfungsrelevant war.

Aus der Macht- und Einflussperspektive ist festzuhalten, dass die universitäre Akademisierung der Offiziersausbildung, entgegen allen bisherigen Gepflogenheiten, dem Einfluss militärischer Steuerung

und Aufsicht entzogen war. Allein aus dienstrechtlichen Unterstellungsgründen entstand ein gesonderter militärischer Studentbereich, der einer militärischen Leitung unterstand.

Verwundern kann es nicht, dass von militärischer Seite die zivilen Hochschulen mit Argwohn betrachtet wurden. Auch aus dem politischen Raum wurden Gegenvorstellungen vorgetragen. So sprach sich der damalige verteidigungspolitische Sprecher der Unionsparteien und spätere Verteidigungsminister Manfred Wörner dafür aus, Militärwissenschaften an den Bw-Unis zu lehren. Die öffentliche Resonanz war desaströs, weil Querverbindungen zum „Dr. mil.“ und „Prof. mil.“ der Offiziershochschulen der DDR und des Warschauer Pakts hergestellt wurden.

Die beiden Bundeswehr-Universitäten haben sich mittlerweile in der Bundeswehr und der Universitätslandschaft Deutschlands voll etabliert und verfügen über renommierte Studiengänge. Die Absolventen erfüllen als Akademiker problemlos die militärischen Verwendungsanforderungen. Übergangsprobleme in zivile Führungsberufe haben sich nicht ergeben.

Nun wende ich mich meinem eigentlichen Thema zu, was sich aber ohne diesen Bildungsreformhintergrund nicht richtig einordnen lässt. Für die Reform der bisherigen Staboffiziersaus- und -fortbildung sollte an der Führungsakademie die sogenannte Fortbildungsstufe C eingerichtet werden. Mit ihr sollte ein postgraduierter Bereich ebenfalls auf eine akademische Grundlage gestellt werden. Es ging um eine Struktur- und Studienreform der damals noch bestehenden Stabsakademie und der Führungsakademie, beide angesiedelt hier in Hamburg.

Anders als bei der Gründung der Bundeswehr-Universitäten stieß das Reformanliegen der Fortbildungsstufe C auf etablierte militärische Gliederungs- und Führungsstrukturen und Ausbildungsinhalte, die mit einem akademischen Selbstverständnis wenig zu tun hatten.

Gegen die akademische Teilreform der Staboffiziersausbildung und -auswahl war indes wenig Widerstand abzuräumen, zumal es für Offiziere des verglichen mit dem Beamtenrecht gehobenen Dienstes um den Zugang zum höheren Dienst ging, für den Beamte einen Universitätsabschluss vorweisen müssen. Insofern bedurfte es eines zivil vergleichbaren akademischen Auswahllehrgangs, dessen Bestehen über den Zugang zur dem höheren Dienst entsprechenden

Stabsoffizierslaufbahn entschied. In diesem Zusammenhang wurde die alte Stabsakademie aufgelöst und der Auswahllehrgang, genannt Grundlehrgang, heute Basislehrgang Stabsoffizier (BLS), in die Führungsakademie integriert. Strukturell war erforderlich, Fachgruppen mit akademisch qualifizierten zivilen und militärischen Dozenten einzurichten, um den Gütekriterien der Qualifizierung und Auslese der angehenden Stabsoffiziere entsprechen zu können.

Dieser Zeitpunkt fällt mit der Geburtsstunde der Gesellschaftswissenschaften an der Führungsakademie zusammen, was sich in der Gründung der mehrheitlich zivil zusammengesetzten und geführten Fachgruppe Sozialwissenschaften (SOW) niederschlug. Zusammen mit zwei weiteren militärischen Fachgruppen, nämlich Betriebs- und Organisationswissenschaften (BOW) und Sicherheitspolitik und Streitkräfte (SPS), stellte sie das Lehrpersonal für den Grundlehrgang und führte ebenfalls die Auswahlprüfungen durch.

### Warum die Gesellschaftswissenschaften an der Führungsakademie in Akzeptanzkämpfe gerieten

Anders sahen die Verhältnisse im Kernbereich der alten Führungsakademie aus, die seit Bestehen der Bundeswehr die Heimat der Offiziere im Generalstabs- und Admiralstabsdienst bildet. Hier wurde und wird der zweijährige Lehrgang Generalstabs-/Admiralstabsdienst National (LGAN) durchgeführt, über den eine Auswahl von High Potentials unter den Offizieren für Spitzenverwendungen in der Bundeswehr, in der NATO oder anderen Bereichen vorgenommen wird. Ein Unikum ist, dass der Lehrgang, längst zusammengesetzt aus nationalen und internationalen, akademisch vorgebildeten Teilnehmern und Teilnehmerinnen, nach zwei Jahren ohne eine reguläre Leistungsprüfung oder einer akademisch-postgraduierten Qualifizierung endet. Eine verschiedentlich geforderter zertifizierter postgraduierter Masterabschluss wurde abgelehnt.

Von der Gliederung und der Führung war die Führungsakademie dem Truppschulenmodell nachgebildet: An der Spitze ein Kommandeur mit Stellvertretern, der Stabsbereich, dann Lehrgangsleiter, Lehrgruppenkommandeure, Hörsaalleiter und ganz am Ende der Hierarchie Lehrstabsoffiziere, die das vorgegebene Ausbildungs- und Übungsprogramm umzusetzen haben.

An Akademischem war so gut wie nichts ersichtlich. Und dies lässt sich bis heute so festhalten, zumindest wenn man einen Blick auf den Internetauftritt der Führungsakademie richtet. Akademisierung in der Sache hätte die Formulierung der Ausbildungsinhalte auf der Fachbereichs- und Dozentenebene zur Voraussetzung, während das Truppschulenmodell diese top down per Linienanweisung der Dozentschaft vorsetzt.

Der Reformansatz der Fortbildungsstufe C sah vor, neben dem Kommandeur für die akademische Lehre einen Bereich Lehre und Forschung unter ziviler wissenschaftlicher Leitung einzuführen. Es sollte ein Konsilium eingerichtet werden und die einflussreichen Hörsaalleiter sollten abgeschafft werden. Diese Reformimpulse wurden bis auf das Konsilium als Beratungsgremium des Kommandeurs Opfer massiven militärischen Widerstands. Zwar wurde als Novum ein Bereich Lehre unter militärischer Leitung eingerichtet, aber zugleich die Komponente Forschung gestrichen. Die Durchführung der Lehre und Übungen im LGAN wurde Fachbereichen, heute Fakultäten übertragen.

Eine Besonderheit der Führungsakademie stellt, widersinnig zum Gesamtstreitkräftecharakter der höchsten militärischen Einrichtung der Bundeswehr, die Existenz von Fachbereichen, heute Fakultäten der Teilstreitkräfte dar, deren Leiter gleichzeitig Beauftragte der Teilstreitkraft-Inspektoren sind. Letztere behalten so auch an der Führungsakademie maßgeblichen Einfluss auf die Ausbildung und Elitenauslese der Offiziere in ihren Verantwortungsbereichen.

Im Nachhinein kann man festhalten, dass alle wesentlichen Reformimpulse zur Einrichtung einer akademisch ausgerichteten Fortbildungsstufe C für den Exklusivbereich der Auswahl von Offizieren des General- und Admiralstabsdienstes scheiterten.

Strukturell bleibt das Truppschulmodell erhalten, und im Bereich der Lehre wurde an der Schwerpunktbildung der Taktikausbildung wenig verändert. Dies führte zu der beißenden Kritik, wie etwa damals von dem Dozenten Dr. Martin Kutz vorgetragen, dass die Führungsakademie im Kern eine Taktikschule geblieben sei. Weitere kritisch-sarkastische Kommentare fehlten nicht, so etwa durch den Dozenten Dr. Rudolf Hamann. Er stellte fest, es ginge an der Akademie nicht um Forschung, sondern nur noch darum, forsch aufzutreten.

Die Gesellschaftswissenschaften, anfangs repräsentiert durch die Fachgruppe Sozialwissenschaften (SOW), später umgewandelt zum

Fachbereich Human- und Sozialwissenschaften (HSW) und schließlich mit dem Fachbereich Sicherheitspolitik und Streitkräfte (SPS) zur Fakultät Politik, Strategie und Gesellschaftswissenschaften (PSGW) zusammengeführt, hatten aber immerhin Zugang zur Generalstabs- und Admiralstabsausbildung gefunden. Das Akademische der SOW-Lehre wurde durch das Angebot von Seminaren und durch die Anforderungen an die Lehrgangsteilnehmer, eigenständige Seminararbeiten zu verfassen, unterstrichen. Wie auch im Grundlehrgang bot der Fachbereich ein breites Spektrum an Seminarthemen an, in die man sich einwählen konnte. Die SOW-Dozenten vergaben nach Beendigung der Seminare nicht nur Noten, sondern lieferten auch Beurteilungsbeiträge.

Zu offenen Konfliktausbrüchen führte die Frage, wer über die Auswahl und Durchführung der Vorlesungen und Seminarinhalte des Fachbereichs Sozialwissenschaften zu befinden habe. Streitpunkt war die Gewährleistung akademisch-wissenschaftlicher Selbstständigkeit und Inhaltsbestimmung der gesellschaftswissenschaftlichen Lehre, was von der Spitze der Führungsakademie immer wieder infrage gestellt wurde. Hieraus entwickelte sich ein heftiger Grundsatzstreit, der weit über die Führungsakademie hinaus bis in die Leitungsebene des Bundesverteidigungsministeriums und bis in die breite Öffentlichkeit hinein ausstrahlte.

Zum nie ausgestandenen Konfliktgegenstand gehörte die Genehmigung von Seminarthemen und generell die inhaltliche Ausrichtung der gesellschaftswissenschaftlichen Lehre. Des Weiteren wurde für die SOW-Dozenten eine Präsenzpflcht verlangt, was aber schließlich durch den sogenannten Trettner-Erlass zugunsten der Dozenten entschieden wurde. Die Kämpfe zwischen militärischer Spitze und SOW während der 1970er Jahre spitzten sich dermaßen zu, dass an eine Befristung von Dozentenstellen gedacht wurde, um missliebige Angehörige des Fachbereichs durch Versetzung loswerden zu können.

In jenen Jahren der heftigen Auseinandersetzung wäre der Etablierungsstreit der Gesellschaftswissenschaften an der Führungsakademie wahrscheinlich zu Ungunsten des Fachbereichs entschieden worden, wenn nicht der erste und langjährige Leiter der Fachgruppe, der Ökonom Dr. Karl-Ernst Schulz, der als Wehrmachtsoffizier 16 Jahre seines jungen Lebens im Krieg und in der sibirischen Gefangenschaft geopfert hatte, einen elementaren menschlichen Schutzschild für die Dozentenschaft gebildet hätte.

Von der Frontstellung her betrachtet brach der Streit immer wieder an der Ausrichtung der gesellschaftswissenschaftlichen Lehre aus, was dem Fachbereich SOW zuweilen den Vorwurf einbrachte, er würde so etwas wie eine Rote Kapelle an der Führungsakademie darstellen.

Der Vorwurf der einseitigen Linksausrichtung der SOW-Lehre war deshalb besonders absurd, weil die SOW-Dozentenschaft (bis heute) in der Spezialisierung ein außerordentlich breites Fachspektrum repräsentierte. Vertreten waren unter den wissenschaftlichen ausgebildeten zivilen und militärischen Dozenten Soziologen, Politikwissenschaftler, Pädagogen, Ökonomen, Ethiker, Ethnologen, Juristen und Historiker. Später kamen noch die Militärgeschichtler aus dem Fachbereich SPS hinzu. Und vermehrt hat sich die Dozentenschaft zuletzt durch die Fusion des Fachbereichs SPS mit dem Fachbereich Human- und Sozialwissenschaften (HSW). Ein früher wie auch heute insgesamt heterogenes Fächersammelsurium, vergleichbar wie sich philosophische Fakultäten an den Universitäten zusammensetzen.

Bemerkenswert war damals überdies die außerordentlich breite pluralistische politisch- gesellschaftliche Verankerung der SOW-Dozenten. So war beispielsweise der Fachbereichsleiter und ehemalige Oberstleutnant der Bundeswehr, der Politikwissenschaftler Dr. Martin Müller, nicht nur zuvor einflussreicher CDU-Vorsitzender in Hamburg-Altona, sondern auch langjähriger Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft.

Dann wäre auch der Ökonom Dr. Jens Vollert zu erwähnen, der temporär als SPD-Abgeordneter dem schleswig-holsteinischen Landtag angehörte. Und schließlich war der Vorgänger von Professor Gareis, der Theologe Jörn Thießen, vor seiner Tätigkeit als Fachbereichsleiter Bundestagsabgeordneter der SPD.

Unter den Dozenten – damals übrigens alles Männer - ob nun zivil oder militärisch, gab es eher konservative und eher progressive Vertreter, die aber allesamt unter dem von oben ausgeübten Druck eine verschworene Gemeinschaft bildeten.

Bei militärischen Dozenten bestand verschiedentlich der Wunsch, die Verwendung als Lehrstabsoffizier dauerhaft bei SOW ausüben zu können. Um jedoch im Militärischen weiter aufsteigen zu können, war für sie die Versetzung in militärische Truppenverbände oder Dienststellen unumgänglich.

## Beruflicher Nutzen und akademischer Eigenwert der Gesellschaftswissenschaften in der Aus- und Fortbildung von Stabs- und Generalstabsoffizieren

Von einem fragilen Burgfrieden und einer Entspannung des Verhältnisses zwischen der Leitung der Führungsakademie und dem Fachbereich SOW lässt sich erst ab den 1980er Jahren sprechen.

Ein Grund dafür war, dass sich die Kommandeursstelle an der Führungsakademie zu einem Sprungbrett für höhere Verwendungen in der Bundeswehr entwickelte. Zugleich kam es zu einer Neuausrichtung der Einschätzung des Stellenwerts von Gesellschaftswissenschaften in der Aus- und Fortbildung angehender Stabs- und Generalstabsoffiziere an der Führungsakademie. So erklärte der damalige Kommandeur und spätere Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Dieter Wellershoff, dass Offiziere mit gesellschaftlichen Trends und Kontroversen konfrontiert werden müssten, um sich als Führungskräfte einer Armee in der Demokratie durch ganzheitliches, alternatives, kritisches Denken einen reflektierten, abgesicherten Standpunkt einnehmen und ein eigenständiges Urteil bilden zu können.

Der Stellenwert der Gesellschaftswissenschaften an der Führungsakademie blieb gleichwohl weiterhin bis heute einem Spannungsmoment ausgesetzt. Konsens war, dass es nicht um einen allgemeinen Bildungsauftrag gehen könne, so wie in den 1960er Jahren noch die Diskussion um einen gebildeten Offizier geführt worden war. Auch konnte es nicht um eine Art politische Bildung gehen, wie sie im Rahmen der Inneren Führung vorgesehen war.

Insofern waren Gesellschaftswissenschaften an der Führungsakademie ohne einen berufsqualifizierenden Nutzensgewinn für den Offizier nicht denkbar. Aber, und hier scheiden sich die Geister: Nutzensgewinn nicht in Form von konkretem Anwendungswissen mit praktischem Gebrauchswert, etwa durch Üben bzw. Trainieren. Dieser Ansatz war indes dem einen oder anderen Vertreter des Truppenschulenmodells genehm. Sie griffen die aus den USA kommende curriculare Pädagogik auf, weil sie versprach, die Lehre durch monströse Lehrpläne lernzielorientiert in detail von oben nach unten steuern zu können. Für ein Lehrinstitut mit akademischem Anspruch ist dies ein Unding.

Vielmehr liefert gesellschaftswissenschaftliche Lehre (und auch Forschung) ein wissenschaftlich abgesichertes berufsfeldbezogenes Deu-

tungs- und Orientierungswissen für akademisch gebildete Offiziere. Sie erfüllt eine Vermittlungsfunktion gegenüber gesellschaftlichen Trends und Deutungsalternativen, über die kontroverse Debatten ausgetragen werden. Sie steht damit nicht nur unter Aktualitätsdruck, sondern hat sich gewissermaßen seismographisch der Dynamik des Zeitenwechsels und sich abzeichnenden Debatten und Konflikten zuzuwenden.

Hieraus leiten sich als Schwerpunkte der Lehre gesellschaftliche Krisen- und Konfliktverhältnisse im nationalen und internationalen Maßstab ab, Fragen der Berufsidentität und Berufsethik, Entwicklungen des zivil-gesellschaftlichen Verhältnisses, worin wirtschaftliche, kulturell-mentale, historische und rechtliche Aspekte einbezogen sind. Gegenstand sind sicherheitspolitische Verhältnisse einschließlich des Wandels des Sicherheitsbegriffs.

Die Themenauswahl verdeutlicht, wie sehr die gesellschaftswissenschaftliche Lehre selbst dem Aktualisierungs- und Anpassungsdruck unterliegt, um auf der Höhe der Zeit zu bleiben.

Nicht nur das: Obendrein muss sie, dem Leitbild des eigenständig und kritisch denkenden Offiziers der Bundeswehr entsprechend, Anstöße zum Überprüfen des eigenen Urteils geben. Sie muss, um den Preis des gewollten Widerspruchs, also ein Stück weit anstößig, gelegentlich auch querdenkerisch sein. Sie muss auf jeden Fall hinter die Dinge schauen.

Gesellschaftswissenschaften leisten an einer Spitzeneinrichtung wie der Führungsakademie einen Beitrag zur Elitenbildung. Mit Funktionseleiten allein ist es dabei nicht getan, sondern es geht um eine Kadenschmiede für militärische Verantwortungseliten. Ich selbst habe dies einmal so 2010 in einem Sonderheft für die Führungsakademie formuliert, was im Verteidigungsministerium heftige Gegenreaktionen auslöste. Erst die Einschaltung höchster Stellen durch den damaligen Kommandeur der Führungsakademie, Generalmajor Robert Bergmann, brachte das Ministerium dazu, sich zu der Führungsakademie als Elitenschmiede von High Potentials der Bundeswehr zu bekennen.

Innere Führung blieb über die Jahre ein weiteres identitätsprägendes gesellschaftswissenschaftliches Lehr- und Forschungsgebiet des Fachbereichs. An dieser Stelle ist der Oberstleutnant a. D. Dr. Claus von Rosen mit höchstem Lob zu erwähnen. Er hat mit enormem persönlichem Einsatz die Führungsakademie zu einem Think Tank der Inneren Führung gemacht, indem er mit Unterstützung des Ministeriums

ein Dokumentationszentrum zur Arbeit des Vordenkers der Inneren Führung, Wolf Graf von Baudissin, einrichtete und bis heute leitet. Seinen Beziehungen zur Familie Baudissin ist es zu verdanken, dass im Foyer zur Mensa in der Baudissin-Kaserne eine Büste des „Vaters der Inneren Führung“ der Bundeswehr steht. Und er setzte durch, dass die Liegenschaft der General-Schwartzkopff-Kaserne in Generalleutnant-Graf-von-Baudissin-Kaserne umbenannt wurde. General Schwartzkopff war einer der Erfinder der Sturzkampffliegertruppe der Wehrmacht und ein glühender Anhänger von Adolf Hitler.

### Welchen Herausforderungen sind die Gesellschaftswissenschaften an der Führungsakademie ausgesetzt?

Die Gesellschaftswissenschaften an der Führungsakademie haben sich schon immer, und weiterhin auch für die Zukunft, mit zwei Herausforderungen auseinander zu setzen.

Einmal: Sie haben sich gegenüber den nicht nachlassenden Steuerungs- und Kontrollversuchen seitens der militärischen Leitung des Hauses ihre akademische Eigenständigkeit zu bewahren. Vorgegeben ist dabei unbestritten der Berufsfeldbezug der Lehre. Deren Auswahl in Form von Seminarangeboten kann aber nur durch dafür fachlich versierte gesellschaftswissenschaftliche Dozentinnen und Dozenten vorgenommen werden, die sich auf dem Stand des berufsrelevanten akademischen Wissens halten müssen. Hier ist der intensive Austausch unter den Fachkolleginnen und -kollegen in den Fakultäten der Führungsakademie der Bundeswehr geboten.

Dann haben nach außen hin die gesellschaftswissenschaftlichen Fachdozenten einen Reputationsnachweis gegenüber ihre Scientific Community zu erbringen. Als renommierte Vertreter ihres Faches tragen sie zur Profilbildung und zum akademischen Ansehen der Führungsakademie bei. Dies kann neben der Lehre nur durch Forschungsleistungen erbracht werden, die ihren Niederschlag in individuellen oder kollektiven Fachpublikationen finden. Hilfreich ist dabei eine strategische Themenbesetzung, über die sich die Verbindung zwischen dem zivilen wissenschaftlichen Diskussionsbereich und dem gesellschaftswissenschaftlichen Lehrkanon an der Führungsakademie herstellen lässt.

Der Fachbereich SOW hat diesen Ansatz schon frühzeitig aufgegriffen und 1980 mit dem von Karl-Ernst Schulz herausgegebenen Sammelband „Streitkräfte im gesellschaftlichen Wandel“ ein erstes beachtliches Exempel vorgelegt. Dieser von zivilen und militärischen Dozenten verfassten Publikation sind diverse andere gefolgt, welche durchaus hochwertigen wissenschaftliche Ansprüchen standhalten konnten.

Trotz dieser beachtlichen Forschungs- und Publikationsleistungen stießen die wissenschaftlichen Dozentinnen und Dozenten des Fachbereichs auf ein Dilemma: für ihren weiteren akademischen Werdegang außerhalb der Führungsakademie waren ihnen faktisch die universitären Aufstiegswege verbaut. Die beiden Universitäten der Bundeswehr sperrten sich dagegen, SOW-Dozenten von der Führungsakademie in den Professorenkreis aufzunehmen. Etwa wurde hochqualifizierten Militärsoziologen von SOW der Ruf auf einen entsprechenden Lehrstuhl verweigert.

Ein Hauptgrund für diese Abschottung bestand darin, jegliche Nähe zu militärspezifischen Fragestellungen der Gesellschaftswissenschaften zu unterbinden, um nicht gegenüber zivilen wissenschaftlichen Vergleichseinrichtungen im Ruf beschädigt zu werden. Entsprechend wurde Fachvertretern militärbezogener gesellschaftswissenschaftlicher Forschung der Zutritt in die Professorenschaft versagt.

Für die an der Führungsakademie beschäftigten Dozentinnen und Dozenten war deshalb der akademische Aufstieg durch Habilitation oder Lehrstuhl-Berufung nur über die Qualifikation auf einem „militärfernen“ Forschungsgebiet möglich. So erhielt ich meinen Ruf an die Universität der Bundeswehr München nicht wegen meiner militärsoziologischen Arbeiten, sondern wegen meiner politikwissenschaftlichen Forschungs- und Publikationsleistungen. Für verschiedene andere Kolleginnen und Kollegen aus der Fakultät PSGW gilt dies auch. Hier sticht übrigens das Fachgebiet der Internationalen Beziehungen und der Sicherheitspolitik als Teilgebiet der Politikwissenschaften hervor. Bekanntlich ist Professor Sven Gareis auf diesem Gebiet als hervorragender Wissenschaftler in der Scientific Community ausgewiesen.

Auf jeden Fall spricht trotz des steinigen Aufstiegswegs der hohe Anteil an Habilitierten und Professoren unter den zivilen Dozentinnen und Dozenten von PSGW für den exzellenten Qualitätsstandard und

die akademische Reputation des Dozententeams. Auch militärische Dozentinnen und Dozenten nicht nur der PSGW-Fakultät erleiden infolge des Einigelungsverhaltens der beiden Bundeswehr-Universitäten Nachteile. Auf der Hand läge, den befristet an der Führungsakademie tätigen Lehrstaboffizieren über die Kooperation mit den Bundeswehr-Universitäten eine Promotionsgelegenheit einzuräumen, was zeitlich zu bewältigen sein müsste. Auf diesem brach liegenden Gebiet sollte zum akademischen Nutzen beider Seiten die Leitung der Führungsakademie gegenüber den Bundeswehr-Universitäten die Initiative ergreifen.

### Zur weiteren Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften an der Führungsakademie

Offiziere und Experten der Gesellschaftswissenschaften teilen eine Gemeinsamkeit: Sie drängen beide darauf zu erfahren, wie die Wirklichkeit beschaffen ist und wollen den Dingen auf den Grund gehen. Die Crux ist nur, dass sich die Wirklichkeit nicht von selbst offenbart. Es bedarf eines erkenntnisleitenden Zugangswegs, um sie erschließen zu können.

In der Folge kann weder für die militärische Lagefeststellung und -beurteilung noch für die Erfassung undurchsichtiger gesellschaftlicher Verhältnisse von unmittelbar greifbaren, verlässlichen Gewissheiten ausgegangen werden.

Je nach Standpunkt und Sichtweise tun sich also unterschiedliche Muster der Gewährwerdung und Deutungen der Wirklichkeit auf. Sie müssen auf ihren Aussagegehalt geprüft werden, um sich ein möglichst verlässliches Lagebild der Wirklichkeit mit seinen Hintergründen zu verschaffen.

In den gegenwärtigen Umbruchzeiten gehen bisherige und als selbstevident betrachtete Gewissheiten reihenweise verloren. Der Bedarf steigt an, mit kritischer Distanz die neuen Gegebenheiten und Spannungslagen durch Wechsel und Vergleich der im Umlauf befindlichen Perspektiven zu erschließen und zu bewerten. Um so mehr sind aktuelle gesellschaftswissenschaftliche Deutungs- und Erklärungsansätze gefragt, die das zeitdiagnostische Reflexionsvermögen von Offizieren verbessern.

Trotz aller unübersehbaren Tendenzen, die Offiziersaus- und -fortbildung auf das Praktische und Militärhandwerkliche zu professionalisieren, lässt es das dynamische politisch-gesellschaftliche

Umfeld dieser Berufsgruppe nicht zu, dass sie an den Befunden der Gesellschaftswissenschaften vorbeikommt. Gerade der Offizierberuf ist angesichts der Erosion der hergebrachten internationalen Sicherheitsordnung und der Wiederkehr vergangener geäußelter Bedrohungen hierauf angewiesen. Soldatinnen und Soldaten in der Demokratie müssen mit den wachsenden gesellschaftlichen Bruchstellen und dem Verlust an Zusammenhalt vertraut sein.

Ich bin voll davon überzeugt, dass der Kreis an Gesellschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler an der Führungsakademie der Bundeswehr hierfür auch weiterhin einen unverzichtbaren Beitrag leisten wird. •



Bild: Bundeswehr/Dr. Heinz

## Sicherheitsvorsorge als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Winfried Nachtwei

Nach fünf Auftritten als Rollenspieler beim ressortübergreifenden Planspiel „Cerasia“ an diesem Ort freue ich mich, nun in anderer Rolle zum 50-jährigen Jubiläum der Fakultät Politik, Strategie und Gesellschaftswissenschaften der Führungsakademie der Bundeswehr mitwirken zu dürfen. Zum Dies Academicus spreche ich nicht aus wissenschaftlicher Perspektive, sondern vor dem Hintergrund inzwischen 45-jähriger kurvenreicher Arbeit auf dem Feld der Friedens- und Sicherheitspolitik.

### Friedens- und sicherheitspolitische Schlüsselereignisse

In den 1980er Jahren engagierte ich mich im Rahmen der Friedensbewegung intensiv gegen die geplante „Nachrüstung“, gegen Vor-

bereitungen auf eine „atomare Heimatverteidigung“ mit Zivilverteidigung und das atomare Hoch- und Wettrüsten. Nach dem regelrechten Wunder der gewaltlosen Auflösung des Sowjetreiches und des Ost-West-Gegensatzes erfüllte sich die Erwartung eines dauerhaften Friedens in Europa nicht. Im Oktober 1996 besuchten wir mit einer Spitzendelegation von Fraktion und Partei von Bündnis 90 / Die Grünen das kriegszerstörte Bosnien, einig im Hinblick auf humanitäre und Flüchtlingshilfe, herzlich uneinig im Hinblick auf mögliche Militäreinsätze. Da standen wir nun mit Zeitzeugen am Hang über Sarajevo, am Tatort, von dem aus über drei Jahre in die belagerte Stadt geschossen worden war, 10 000 Tote, zum großen Teil Zivilisten. In den Medien hatten wir davon immer wieder erfahren. Jetzt wurde für uns Gegner von Out-of-Area-Einsätzen eine unangenehme Erkenntnis zur Gewissheit: Es gibt Situationen, wo zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Massengewalt der Einsatz militärischer Gewalt notwendig, legitim und verantwortbar sein kann. Zugleich sahen wir aber auch unsere Grundeinstellung bekräftigt, dass viel konsequenter insbesondere in zivile Krisenprävention und Gewaltverhütung investiert werden musste.

Fünf Jahre später fanden die Terrorangriffe am 11. September 2001 gegen die USA statt. Groß war intern die Angst, was jetzt an weiteren Terrorangriffen folgen konnte. Erstmals standen wir – seit drei Jahren in Regierungsmitverantwortung – in Schutzverantwortung für die eigene Bevölkerung. Umgesetzt wurde sie vor allem mit Militäreinsätzen, die die Terrorgefahr in der Ferne, insbesondere Afghanistan, bekämpfen und auf Abstand halten sollte.

Bei den Einsätzen auf dem Balkan und in Afghanistan kristallisierte sich schnell eine erste Einsatzerfahrung heraus: Keiner schafft es alleine, kein Land, kein Ressort, kein Akteur. Entsprechend waren die Einsätze multinational und multidimensional, wurden ihre politisch-diplomatischen, militärischen, zivilen und polizeilichen Komponenten vernetzt. Die Öffentlichkeit nahm sie aber überwiegend nur als Militäreinsätze wahr. Die deutsche Gesellschaft war von diesen Einsätzen nur zu kleineren Teilen betroffen, in Gestalt insbesondere der entsandten Soldatinnen und Soldaten sowie ihrer Angehörigen aber existentiell. Das gesellschaftliche Interesse an den Einsätzen, den militärischen und polizeilichen Einsatzkräften sowie vielen Zivilexperten hielt sich sehr in Grenzen.

## Der Epochenbruch des russischen Angriffskrieges

Dass der russische Großangriff 2022 auf die Ukraine völkerrechtswidrig war, wurde auch auf den meisten Ostermärschen der Friedensbewegung zugegeben. Die besondere „Qualität“ dieses Angriffs und Krieges kam aber meist nicht mehr zur Sprache: Das offen proklamierte Ziel, die Eigenstaatlichkeit und Kultur der Ukraine zu vernichten. Das weitergehende strategische Ziel der Rückgewinnung des großrussischen Kolonialreiches.

### Die Destabilisierung und Spaltung des demokratischen Europas

Der Bruch fundamentaler Prinzipien der VN-Charta, angefangen mit dem Grundprinzip der territorialen Unversehrtheit und nationalen Unabhängigkeit, ohne das ein friedliches Zusammenleben von Völkern und Staaten unmöglich ist.

Die andauernde Blockade des VN-Sicherheitsrates in seiner Primäraufgabe der Wahrung von internationaler Sicherheit und Weltfrieden durch die Veto-Macht Russland.

Die Kriegführung zeichnet sich durch besondere Verachtung des humanitären Völkerrechts aus: Neben Artillerie kommen Raketen, Marschflugkörper, Drohnen und Gleitbomben so massenhaft zum Einsatz wie nie zuvor. Gegenüber solchen Distanzwaffen ist jede gewaltfreie soziale Verteidigung aussichtslos. Die militärischen Angriffe zielen systematisch auch auf die zivile Infrastruktur, auf Wohngebiete, auf Gesundheitseinrichtungen, auf Kulturdenkmäler, und insbesondere auf die Energieversorgung. Bisher wurde die Hälfte der ukrainischen Energieversorgung unterbrochen. Im kommenden Winter könnten die Lebensadern weiter Teile der Ukraine zerstört und damit eine Massenflucht der Bevölkerung bewirkt werden.

In dieser Situation Beistand, auch militärischer, für ein überfallenes Land zu leisten ist nicht nur völkerrechtskonform, sondern ein moralisch-politisches Gebot des Völkerrechts. Erstmals in der Geschichte setzt ein Aggressor dem internationalen Beistand erhebliche Grenzen, indem er für den Fall eines direkten militärischen Eingreifens den Einsatz von Atomwaffen androht. Jürgen Osterhammel spricht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 19. Juni 2024 hierzu von „nuklearem Imperialismus“.

## Was hat das mit uns zu tun?

Der Großangriff vom 24. Februar 2022 war ein Schock. In Münster vereinbarten die demokratischen Ratsfraktionen für den zweiten Kriegstag eine Mahnwache. Da kommen dann nach aller Erfahrung ein oder wenige Dutzend Menschen. Es kamen 5 000. 30 Monate später hatten ukrainische Vereine zu einer Kundgebung zum Unabhängigkeitstag der Ukraine am 24. August aufgerufen. Es kamen 300 Menschen, fast nur ukrainische Frauen, Kinder, wenige Männer, fast keine Deutsche. Herzerreißend war, als Anwesende Papierherzen mit den Namen und Lebensdaten von im Krieg ums Leben gekommenen Nächsten in einer großen Laterne ablegten. Kaum jemand, der nicht den Tod von Angehörigen und Freunden zu beklagen hat. Kaum ein Passant bleibt stehen, die meisten gehen vorbei. Das Leid der terrorisierten ukrainischen Bevölkerung scheint für die meisten weit entfernt zu sein.

### Inwiefern betrifft uns der russische Angriffskrieg dennoch?

Gewaltsame Grenzveränderungen brechen mit jeder Friedensordnung und zerstören ein friedliches Zusammenleben von Staaten und Völkern. „Nebenkosten“ und Belastungen entstehen sofort für die Nachbarn des überfallenen Landes. Gegenüber überfallenen Nachbarn besteht – schon aus weitsichtigem Eigeninteresse – eine Beistandspflicht. Wird Beistand verweigert, wirkt das für Aggressoren ermutigend. Ostmitteleuropäische Verbündete fühlen sich zu Recht akut bedroht: Ihnen gegenüber wird glaubwürdige Bündnissolidarität zur Friedenspflicht.

Was würde geschehen nach einem russischen Sieg über die Ukraine? Welche Folgen hätte das für unsere Sicherheit, für unsere Menschen- und Bürgerrechte?

Die hybride Kriegführung Russlands im Cyber- und Informationsraum zeigt ganz besonders eindringlich, dass der russische Angriffskrieg enorm viel mit uns zu tun hat.

Desinformation im Informationsraum versucht gezielt und geplant, beim Gegner mittels digitaler Technologie Unsicherheit und Verunsicherung zu verbreiten, Grundvertrauen und Zusammenhalt zu zerstören, zu destabilisieren und den gegnerischen politischen Willen zu schwächen, wenn möglich zu brechen. Das geschieht äußerst schnell,

flexibel, massenhaft und mit raffinierten Verschleierungsmethoden. Sehr informativ und empfehlenswert hierzu ist der neue, von der Universität der Bundeswehr München herausgegebene ODISCYE Policy Report „Online Disinformation and Cyber Insecurities in International Politics“.

Ein Beispiel ist die Doppelgänger-Kampagne, die seit Beginn des russischen Großangriffs zu einer der größten Einflusskampagnen wurde: Über sechzig gefälschte Nachrichtenportale wurde in Europa und den USA russische Propaganda verbreitet, davon acht in Deutschland mit Fake-Ausgaben von Bild, Spiegel, SZ, FAZ, Welt, Tagesspiegel, Neuem Deutschland und t-online. Anfang September wurden viele dieser Portale durch das US-Justizministerium abgeschaltet.

Aus Insiderkreisen erfuhr ich, dass wohl einzelne Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern ihre Lagebilder zum Krieg im Informationsraum haben, dass es bisher aber kein gemeinsames Lagebild dazu gebe. Es hieß auch, die Öffentlichkeit werde mit der Begründung nicht laufend über hybride Angriffe informiert, um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen. Ein kundiger Beamter fasste die Lage mit den Worten zusammen: „Stell Dir vor, es ist Krieg, und keiner merkt es.“ Hybride Kriegführung im Cyber- und Informationsraum eröffnet tendenziell die Möglichkeit, den politischen Willen eines als Gegner definierten Landes ohne Einsatz militärischer Kriegsgewalt zu brechen.

Diese wenigen Hinweise machen deutlich: Der russische Angriffskrieg zielt auf unsere ganze Gesellschaft und demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung. Friedens- und Sicherheitspolitik betrifft und fordert nicht mehr nur die dafür zuständigen staatlichen Institutionen und ihre Einsatzkräfte, sondern die gesamte Gesellschaft.

### Aspekte der Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit

Die deutsche Nationale Sicherheitsstrategie und die Verteidigungspolitischen Richtlinien des Verteidigungsministeriums betonen die Herstellung von Wehrhaftigkeit und Resilienz ausdrücklich als gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für die Bundeswehr hat jetzt die Landes- und Bündnisverteidigung, also der Selbstschutz Deutschlands und des Bündnisses erste Priorität, gefolgt von der nationalen Krisen- und Risikovorsorge. Die Primäraufgabe der letzten Jahrzehnte, der Beitrag zum Internationalen Krisenmanagement,

bleibt unverzichtbar, ist aber nachgeordnet. Hier besteht das Risiko des Pendelausschlags in die nunmehrige Richtung.

Viel gesprochen wird über die materielle Seite der Verteidigungsfähigkeit. Ich kann jetzt nur auf gesamtstaatliche und -gesellschaftliche Aspekte der Verteidigungsfähigkeit und -bereitschaft eingehen.

Die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr ist bisher unzureichend, erst recht im Hinblick auf einen nicht mehr auszuschließenden Bündnisverteidigungsfall in wenigen Jahren an der Ostflanke. Der „Neue Wehrdienst“ ist ein Probelauf zur Erfassung möglicher Rekrutierungspotenziale, aber höchstwahrscheinlich noch nicht die Lösung des Rekrutierungsproblems. Die zum wiederholten Male angelaufene Debatte zur Zukunft des Wehrdienstes, zu einem Allgemeinen Gesellschaftsdienst, zu einer sozialen Pflichtzeit (Steinmeier) muss bald zu Entscheidungen führen.

Wie steht es um die Verteidigungsbereitschaft in der deutschen Bevölkerung, wenn es blutig ernst werden könnte? Die jüngste Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) bekam auf die Frage, „Wären Sie bereit, Deutschland im Falle eines militärischen Angriffs mit der Waffe zu verteidigen?“ von 19 Prozent der Männer ein „Ja“, von 34 Prozent ein „eher ja“. Der Kommentar des Projektleiters: „Um die Wehrhaftigkeit der deutschen Gesellschaft muss man sich keine Sorgen machen.“ Ich halte diese Bewertung für blauäugig.

In einigen Medien kamen Pro- und Contra-Stimmen zur Verteidigungsbereitschaft zu Wort. Die ZEIT eröffnete am 25. Juli 2024 die Kontroverse mit dem jungen Podcaster und Autoren Ole Nymoen. Seine Antwort: „Ich für Deutschland kämpfen? Never!“ In der FAZ wie in der taz folgten Gegenstimmen von jüngeren Männern, die sich zum ersten Mal mit dieser Frage auseinandersetzten und in durchdachter Weise bei sich Wehrhaftigkeit entdeckten.

Im Hinblick auf eine glaubwürdige Abschreckung durch Bündnisverteidigungsfähigkeit an der Ostflanke kommt Deutschland als Drehscheibe für schnelle Truppenverlegungen nach Osten die zentrale Schlüsselrolle zu. Das hat erhebliche Konsequenzen für die Verkehrsführung von riesigen Transportkolonnen durch eine schon heute überlastete Verkehrsinfrastruktur, für die stationäre Infrastruktur, Verpflegung, Bewachung, Logistik und Sanitätsversorgung.

Wiederbelebt werden muss von den zivilen Ressorts auf Bundes- und Landesebene die Zivile Verteidigung mit ihrem vier Aufgabenfeldern Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, des Zivilschutzes, der Versorgung der Bevölkerung und der Unterstützung der Streitkräfte.

Viele der über dreißig verschiedenen Aufgaben der Zivilverteidigung betreffen die Bürgerinnen und Bürger direkt und erfordern ihre Akzeptanz und Mitwirkung, z.B. beim Selbstschutz, dem Schutz der Gesundheit, der Ernährungsversorgung, den Telekommunikationsleistungen, der Verkehrssicherstellung, der Arbeitssicherstellung und vielem mehr. Ohne funktionierende Zivilverteidigung gibt es keine funktionierende militärische Verteidigung und keine glaubwürdige Abschreckung, also Friedenssicherung in Zeiten akuter Bedrohung.

Die seit den 1990er Jahren weitgehend abgebauten Strukturen und Fähigkeiten der Zivilverteidigung sollen wieder funktionsfähig werden, gelten zurzeit aber noch als Torso. Irritierend ist, dass die im Juni 2024 in Kraft getretenen „Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung“ den Informationsraum nicht einmal erwähnen. Es ist davon auszugehen, dass bei einer künftigen Zivilverteidigung die Rahmenbedingungen für gesellschaftliche Mitwirkung, aber auch für Störungen erheblich andere sein werden als im vordigitalen Zeitalter, als Gesamtverteidigungsübungen wie Wintex-Cimex im Geheimen abliefen.

### Verteidigungsbereitschaft bei Nachbarn im Nordosten und Osten

Litauen ist mit drei Millionen Einwohnern das größte der drei baltischen Länder. Hier wurde schon nach der Krim-Annexion umgehend die Wehrpflicht bis zum 27. Lebensjahr eingeführt. Laut einer Reportage von Stefan Locke in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 17. August 2024 bietet der litauische Schützenbund militärisches und medizinisches Training für Zivilisten an und hat mehr als 50 000 Mitglieder, dreimal mehr als die Armee. Noch vor fünf Jahren sei man darauf bedacht gewesen, Militär aus den Schulen herauszuhalten. Das habe sich inzwischen völlig geändert. Der Schützenbund bietet – nicht verpflichtend – in Schulen Kurse in Erster Hilfe, Verhalten in Extremsituationen und Übungen in Überlebenstraining an. Am 20. Juni 2024 beschloss das litauische Parlament mit großer Mehrheit mehrere Steuererhöhungen (Körperschaftssteuer um ein Prozent, erhöhte

Besteuerung von Alkohol und Tabak, Erhöhung des Spritpreises um sechs Cent) zugunsten der Erhöhung des Verteidigungshaushaltes auf drei Prozent der Wirtschaftsleistung und darin auch der Finanzierung der Infrastruktur für die deutsche Kampfbrigade.

Die 2014 gegründete Initiative „Blue/Yellow“ zählt heute zu den zehn größten Nichtregierungsorganisationen weltweit zur Unterstützung der Ukraine. Verbreitet ist die Einstellung, wenn Putin in der Ukraine erfolgreich sei, sei Litauen als nächstes an der Reihe.

Auch in Schweden wurde über Jahrzehnte die Möglichkeit eines Krieges in Europa ausgeschlossen und massiv am Militär gespart. Julia Egleder berichtet in LOYAL 9/2024, der Zeitschrift des deutschen Reservistenverbandes, seit dem russischen Großangriff sei schnell umgesteuert und der Verteidigungshaushalt in den letzten Jahren verdoppelt worden. Die Streitkräfte umfassen nur 18 000 Soldatinnen und Soldaten, gelten aber als extrem gut ausgestattet. (z.B. 110 Leopard-2, Bundeswehr 313) Jährlich werden zurzeit 8 000 Wehrdienstleistende, rund sieben Prozent eines Jahrgangs, eingezogen, die für mindestens acht Jahre grundbeordert bleiben, regelmäßig üben müssen und so ein Reserve-Potenzial von 64 000 Soldaten ermöglichen. Hinzu kommen 29 000 Soldaten der Heimatgarde. Über die Wehrpflicht hinaus gibt es in Schweden auch eine Zivilpflicht und eine allgemeine Dienstpflicht für den Notfall. Ihre Realisierung befindet sich im Anfangsstadium.

In der Ukraine ist die starke und kreative Zivilgesellschaft eine unverzichtbare Säule der Wehrbereitschaft, Verteidigungsfähigkeit und Resilienz. Zivile Graswurzelarbeit agiert komplementär zur militärischen Verteidigung und hat strategisches Gewicht.

### Erfahrungslernen bei östlichen Nachbarn

Woher kommt diese breite Wehrbereitschaft in Litauen, Schweden – und anderen Ländern des nördlichen und östlichen Europas? Ausschlaggebend dafür sind kollektive historische Erfahrungen in diesen Ländern und ihre geografische Lage.

Die Schlüsselerfahrungen der 1930er Jahre: In seinem sehr empfehlenswerten Buch „Mit Hitler reden – Der Weg vom Appeasement zum Zweiten Weltkrieg“ schildert der britische Historiker Tim Bouverie, wie die nach dem Gemetzel des Ersten Weltkrieges zu

Recht verbreitete Friedenssehnsucht in breiten Kreisen der westlichen Politik und Gesellschaft einherging mit einer Verkennung der in Deutschland aufwachsenden Bedrohung. „Daraus ergaben sich erst alle nachfolgenden Versäumnisse – das Versäumnis, ausreichend aufzurüsten, das Versäumnis, Allianzen zu schmieden, das Versäumnis, die britische Machtfülle zu vermitteln, und das Versäumnis, die Öffentlichkeit aufzuklären.“ (S. 599)

Berechtigte Friedenssehnsucht, die trotz vieler Warnungen auf realistische Bedrohungswahrnehmung verzichtete, mündete in Friedenswuschdenken und die Illusion, mit Zugeständnissen auf Kosten schwächerer Dritter das aggressive Nazi-Deutschland beschwichtigen zu können. So konnte ein diktatorisch und propagandistisch gleichgeschaltetes Deutschland die wehrlosen und vereinzelt europäischen Nachbarn der Reihe nach angreifen, besetzen und mit Terror und Vernichtung überziehen.

Die zweite Schlüsselerfahrung mussten die Völker Polens und des Baltikums ab 1939/1940 durchleben: Die sowjetische Besetzung Ostpolens begann siebzehn Tage nach dem deutschen Überfall auf Polen auf Grundlage des geheimen Zusatzprotokolls zum Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion vom 23. August 1939. Es folgte die sowjetische Besetzung der baltischen Staaten ab Juni 1940, die wie die Besetzung Ostpolens sofort in Zwangssowjetisierung, Massenerschießungen und Deportationen mündete. Am 22. Juni 1941 griff Deutschland die Sowjetunion an und überzog sie mit mehr als dreijährigem Naziterror. Allein auf dem Boden der Ukraine fielen dem deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieg mindestens acht Millionen Menschen zum Opfer, darunter fünf Millionen Zivilisten und 1,6 Millionen jüdische Menschen, insgesamt ein Viertel der Bevölkerung (vgl. Frieden – Zeitschrift des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge 1/2023, S. 22 ff.).

Seit 1989 stieß ich im noch sowjetischen Riga auf die Spuren des ehemaligen „Reichsjudenghettos“, der Deportationen 1941/1942 aus dem „Großdeutschen Reich“ dorthin, die Orte der Massenerschießungen – und in den Jahren danach auch auf die Spuren der sowjetischen Okkupation 1940/1941 und von 1944 bis 1991. Aus der Nähe erlebte ich die singende, gewaltlose und erfolgreiche Bewegung für die nationale Unabhängigkeit Lettlands. Im Okkupationsmuseum gegenüber dem Rigaer Rathaus sind die kollektiven Leidenserfahrungen

von mehr als fünfzig Jahren brutaler Okkupationen eindringlich nachzuvollziehen. Was hier im kollektiven Gedächtnis der lettischen Bevölkerung unvergessen, ja bei vielen eingebrennt ist und durch die aktuelle russische Aggression wieder reaktiviert wurde, die Erfahrung existentieller Bedrohung, wird in Deutschland relativ wenig zur Kenntnis genommen – im Unterschied zu einem verbreiteteren „Russlandverstehen“.

## Erfahrungslehren in Deutschland

In der deutschen Politik und Gesellschaft erschütterte der russische Großangriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 elementare friedens- und sicherheitspolitische Gewissheiten. Wie damit umgehen: Umdenken? Aus Erfahrungen lernen? Oder nach dem ersten Schock lieber an den bisherigen Gewissheiten festhalten, sie bekräftigen?

Die Bedrohungswahrnehmung: Einen solchen Angriffskrieg in Europa hatten die meisten Menschen, auch die in Bundesregierungen, nicht mehr für möglich gehalten. Wie bei anderen Großkrisen der letzten Jahre (z.B. Corona, dem strategischen Scheitern in Afghanistan) offenbarte sich wieder eine verbreitete Neigung, solche Worst-Case-Szenarien zu verdrängen, die nicht ins eigene Welt- und Menschenbild passen. Überfällig ist eine rücksichtslos nüchterne und realistische Bedrohungswahrnehmung, ohne Beschönigungen und Wunschdenken einerseits, ohne Dämonisierungen andererseits. Sie muss einhergehen mit einer systematischen Chancenwahrnehmung, um kommunikative Zugänge und eventuelle Friedensoptionen bestmöglich nutzen und Eskalationsspiralen vermeiden zu können.

Feindbildabbau, Versöhnung, Frieden durch Dialog, durch Abrüstung, Frieden schaffen ohne Waffen: Das alles bleiben richtige und wichtige Grundprinzipien und Ansätze. Erhalt von Kommunikationskanälen und Aufmerksamkeit gegenüber Dialogmöglichkeiten sind generell geboten. Aber die oben genannten Ansätze wirken nicht gegenüber jedem Akteur, zu jeder Zeit und an jedem Ort friedensförderlich. Aggressoren können diese Ansätze auch als Schwäche und Ermutigung wahrnehmen, so dass solche „einseitige“ Friedenspolitik auch ihr Gegenteil erreichen kann. Die Appeasement-Politik der 1930er Jahre steht exemplarisch dafür. Entscheidend ist immer, das Spezifische eines Konflikts zu erkennen: vom Beziehungs-

und Interessenkonflikt, wo Kompromisse möglich sind, bis zu einem antagonistischen Konflikt, wo die eine Seite die andere vergewaltigen oder total vernichten will.

„Militär löst keine Konflikte!“: Viele Gewaltkonflikte können in der Tat nur politisch, nicht militärisch gelöst werden. Im Rahmen der VN-Charta agierendes Militär kann aber Kriegsgewalt eindämmen und Voraussetzungen zur politischen Konfliktlösung schaffen. Der Angriffs- und Vernichtungskrieg Nazi-Deutschlands konnte aber nur durch den totalen Sieg der Alliierten gestoppt und damit das NS-System als zentrale Konfliktursache beseitigt werden. Das „Nie wieder!“ bleibt in Deutschland oft beim „Nie wieder Krieg!“ stehen und endet meist in Aufrufen zur innenpolitischen Bekämpfung von Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, gruppebezogenen Menschenfeindlichkeit. In vielen von Deutschland ab 1939 überfallenen Nationen wird das „Nie wieder!“ aber weiter buchstabiert und konkretisiert: „Nie wieder wehrlos, nie wieder allein sein!“ – zum Schutz der eigenen territorialen Unversehrtheit und nationalen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung.

Diese Grunderfahrung wurde festgehalten in der Charta der Vereinten Nationen, die am 26. Juni 1945, nur 49 Tage nach Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa, von ihren fünfzig Gründungsstaaten unterzeichneten wurde. Als grundlegende Schlussfolgerung aus Weltkrieg und Völkermord bestimmt die Charta in Artikel 1 als erstes Ziel der Vereinten Nationen, „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen (...)“

Mein Eindruck ist, dass in Deutschland die fundamentale Lehre von „Nie wieder wehrlos, nie wieder allein sein!“ viel weniger präsent ist als bei vielen europäischen Nachbarn. In der ZEIT vom 8. Dezember 2022 machte Thomas Speckmann darauf aufmerksam, dass den Deutschen „im Gegensatz zu den meisten Mitgliedsstaaten von EU und NATO (...) eine entscheidende Erfahrung mit Krieg (fehlt): Sie haben noch nie als Demokratie ihr Land gegen eine fremde Macht militärisch verteidigen müssen. Deutschlands Nachbarn haben die gegenteilige

Erfahrung gemacht: Sie mussten sich in ihrer Geschichte immer wieder als Demokratien zur Wehr setzen – nicht zuletzt gegen die Deutschen. Sie haben, bis auf wenige Ausnahmen wie Großbritannien, darüber hinaus erfahren müssen, was es bedeuten kann, wenn die militärische Verteidigung gegen einen Aggressor von außen nicht gelingt. (...) Krieg als Verteidigungskrieg einer Demokratie gegen eine von außen angreifende Diktatur kennen die Deutschen nicht.“

### Neues Leitbild „Wehrhafter Frieden“

Seit mehr als dreißig Monaten wütet der russische Terrorkrieg gegen die Ukraine und ihre Zivilbevölkerung. Die systematische Bombardierung der Energieversorgung soll das Leben in der Ukraine im Hinblick auf den Winter regelrecht erwürgen.

Das demokratische Deutschland und Europa waren seit vielen Jahrzehnten nicht so bedroht wie heute. Die sicherheitspolitische Stimmung in Deutschland hat sich seit dem Februar 2022 erheblich verändert, bisher aber nur begrenzt in einem Wandel von Einstellungen und Verhalten der Gesellschaft und Politik niedergeschlagen – am ehesten in der militärischen Sicherheitspolitik. Die Stimmungsverschiebung wird inzwischen relativiert durch Ermüdung und Wegsehen, ja konterkariert durch Polarisierung und Entsolidarisierung gegenüber dem Überlebenskampf der Ukraine in wachsenden Teilen der Gesellschaft. Der Epochenbruch ist noch längst nicht in der Breite angekommen und Sicherheitsvorsorge als gesamtgesellschaftliche Aufgabe nur in Teilen der deutschen Gesellschaft erkannt und verankert.

Wehrhafter Frieden braucht weiterhin Friedensfähigkeit, die jetzt neben Diplomatie wieder Abschreckung durch kollektive Verteidigungs-, Schutz- und Wehrfähigkeit, militärische Kriegstüchtigkeit einschließen muss, aber keineswegs darauf verengt werden darf.

Die Forderung nach Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr steht für Klartext zu einem Einsatzszenario, auf das sich die Truppe vorbereiten muss, damit es nicht eintritt, und ist vor allem für die operative und taktische Ebene gerechtfertigt. Zu warnen ist aber vor einer Tendenz, die Forderung nach Kriegstüchtigkeit zu verabsolutieren, vom Abschreckungsauftrag und vom Friedensauftrag des Grundgesetzes zu lösen – und damit den Eindruck zu erwecken, als sei der Frieden

schon verloren. Eine so kommunizierte Kriegstüchtigkeit hätte kontraproduktive Folgen. Sie würde die notwendige gesamtgesellschaftliche Wehrhaftigkeit nicht stärken, sondern zurückwerfen.

Wehrhafte Friedenssicherung und Friedensdurchsetzung brauchen genauere Realitäts- und Bedrohungswahrnehmung, Lernen von Nachbarn, Mentalitätswandel, Entschlossenheit und Besonnenheit und sind nur gemeinsam zu schaffen. •

Wege zu Frieden und Sicherheit

Wissenschaftliche Konzepte  
und Theorieansätze



50 Jahre  
Forschung  
FREIWI

Weg zu Frieden und Sicherheit  
Wissenschaftliche Konzepte und Theorieansätze





Bild: Bundeswehr/Rupprecht

## Wege zu Frieden und Sicherheit – wissenschaftliche Konzepte und Theorieansätze

Matthias Gillner

**M**enschliche Existenz ist aufgespannt zwischen den Polen von Individualität und Sozialität. Zum einen muss sich der Mensch um sich selbst sorgen, zum anderen bedarf er der Achtung oder in der Terminologie der Philosophie, der Anerkennung der anderen. Wie Axel Honneth bereits 2000 in seinem Werk „Das Andere der Gerechtigkeit“ anmerkt, verlangen daher Anerkennungsstrukturen eine „wechselseitige Respektierung zugleich der Besonderheit und der Gleichheit aller anderen Personen“. Zum Lebensvollzug eines jeden Menschen gehört es, Interessen zu haben, er ist bekanntlich ein interessiertes Wesen, wobei das Interessante, also das, was seine Aufmerksamkeit weckt und woran ihm etwas liegt – sich

nicht allein auf materielle Dinge und soziale Güter beschränkt, sondern auch Geistiges umfasst. Bei der Verfolgung kommt es aber nicht immer zu harmonischer Kooperation. Es entstehen Konkurrenzen aufgrund gleicher Interessen (etwa an knappen materiellen Ressourcen oder sozialen Positionen) oder, wenn verschiedene Interessen (z.B. an mehr Sicherheit oder mehr Freiheit) sich nicht gleichzeitig und gleichgewichtig verwirklichen lassen. Interessenkonflikte betreffen dann auch immer die Anerkennung des anderen und müssen daher moralverträglich reguliert werden – und das ist mehr als Berücksichtigung der Interessen anderer im Sinne eines „aufgeklärten“ oder „wohlverstandenen“ Eigeninteresses.

Moralverträgliches Handeln verlangt daher keinen altruistischen Extremismus der Selbstverleugnung oder gar der Selbstaufgabe. Selbstsorge, die auch die Selbsterhaltung miteinschließt, und die Verfolgung eigener Interessen ist legitim, sie darf sich aber nicht zur einzigen handlungsorientierenden Schlüsselkategorie entwickeln, sondern muss sich dem Anerkennungsstreben des anderen öffnen. Denn Selbstsorge ist mit der Logik der Zweckrationalität verknüpft, folgt den Imperativen der Klugheit und Geschicklichkeit, basiert auf taktischen oder strategischen Überlegungen, bleibt letztlich dem „Prinzip Eigennutz“ verhaftet. Aber die praktische Vernunft kennt auch das „Prinzip der Unparteilichkeit“, das auf pflichtgemäßen Überlegungen gründet, den Imperativen der Gerechtigkeit folgt und mit der Logik der Moralität verknüpft ist. Eine ungestörte Selbstbeziehung ist auch nicht allein von der Lösung des sozialen Konfliktes des Selbsterhaltungsinteresses abhängig, sondern auch von gesicherten Anerkennungsbeziehungen in Familie, Staat und Gesellschaft: Liebe (Wohlergehen des anderen um seiner selbst willen), Recht (Achtung der Selbstbestimmung des anderen) und Solidarität (Wertschätzung des anderen aufgrund konkreter Fähigkeiten).

Nun stellt sich aber die Frage, ob dieses anthropologisch begründete Spannungsverhältnis auch auf die Ebene der internationalen Beziehungen übertragen werden kann. In der wissenschaftlichen Disziplin stehen sich hier oftmals „realistische“ und „idealistische“ bzw. „liberale“ Konzeptionen gegenüber. Für den klassischen Realismus lassen sich die Gesetzmäßigkeiten internationaler Politik tatsächlich in Analogie zur Natur menschlichen Handelns erkennen. Allerdings bleibt diese Konzeption einseitig verstandenen anthropologischen

Grundannahmen verhaftet: eine rein zweckrationale Bestimmung der praktischen Vernunft, eine alleinige Rückführung sozialer Konflikte auf das Selbsterhaltungsinteresse und ein physiologisch bloß angelegten Machttrieb (ohne das Mitleiden). Der Neorealismus dagegen begründet seine Fokussierung der internationalen Beziehungen auf Sicherheits- und Machtpolitik mit den nicht vergleichbaren Strukturen von staatlicher (rechtlich abgesicherte Beziehungen zwischen den Menschen mittels Sanktionsgewalt) und internationaler Ebene (rechtlich nicht abgesicherte Beziehungen zwischen den Staaten aufgrund einer eindeutigen Sanktionsgewalt). Der Liberalismus und in seinem Gefolge auch die Friedenswissenschaft sieht sehr wohl eine Analogie zwischen den staatlichen und den internationalen Beziehungen und hebt hervor, dass die Politik immer auch den moralischen Erwartungen der eigenen wie der fremden Bevölkerungen, also der Gerechtigkeit und dem Anerkennungsstreben verpflichtet sind.

In diesem Panel „Wege zu Frieden und Sicherheit“ werden diese beiden unterschiedlichen Konzeptionen sowohl in ihren theoretischen Grundlagen wie auch in den normativen Schlussfolgerungen einer vernünftigen internationalen Politik zu Wort kommen. Maximilian Terhalle wird aus realistischer bzw. neorealistischer Perspektive einige Grundannahmen einer politisch vernünftigen Sicherheitspolitik kennzeichnen und sie anhand der Eskalationsproblematik der deutschen Außenpolitik im Blick auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine verdeutlichen. Den friedenswissenschaftlichen Part übernimmt Sabine Jaberg. Sie versteht die Einheit unterschiedlicher Ansätze in einem heuristischen Pazifismus, der zu einer konsequent am Frieden orientierten internationalen Politik auffordert. Am Ende wird auch sie Schlussfolgerungen für eine der Friedenslogik verpflichteten Politik der Zeitenwende skizzieren. •



Bild: Bundeswehr/Rupprecht

## „Zeitenwende“ in friedenswissenschaftlicher Perspektive

Sabine Jaberg

Das politische und mediale Grundrauschen ist eindeutig: Kriegs-, nicht Friedenstüchtigkeit sei das Gebot der Stunde. Es gehe um Theorien und Praxen des Realismus, der Sicherheit sowie der Geo- bzw. Militärstrategie. Ausgedient hätten hingegen Idealismus, Frieden und Pazifismus. Allerdings: Selbst wenn Bundeskanzler Olaf Scholz zugestimmt würde, und die Welt nach dem völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine eine ganz andere geworden wäre: Eines gilt unverändert fort – unser Grundgesetz. Frieden ist und bleibt sein verfassungsrechtlicher Auftrag. Denn das deutsche Volk ist laut Präambel weiterhin „von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem

Frieden der Welt zu dienen“. Jedoch lässt die Verfassung offen, was sie unter Frieden versteht. Sie ist mithin dankbare Projektionsfläche für unterschiedliche Friedensvorstellungen und Friedensstrategien:<sup>1</sup> Die Idee eines Friedens durch friedliche Mittel findet ebenso seine Stichworte wie diejenige eines Friedens durch Völkerrecht einschließlich der Ächtung des Angriffskrieges. Aber auch für das Ziel eines Friedens durch kollektive Sicherheitssysteme, internationale Organisationen bzw. übernationale Integration gibt es klare Anknüpfungspunkte. Gleiches gilt für die Vorstellung eines Friedens durch Menschenrechte und Demokratie. Von Frieden durch Kriegsunterstützung ist hingegen keine Rede. Wenngleich das Völkerrecht Nothilfe für ein Angriffsoffer erlaubt, entbindet dies die hohe Politik nicht von der Friedenspflicht des Grundgesetzes – und auch nicht von weiteren Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, sofern es um den direkten Einsatz militärischer Gewalt ginge. Gemeint sind hier der Parlamentsvorbehalt und die Einbindung in friedensdienliche kollektive Sicherheitssysteme. Da das Grundgesetz keine Eindeutigkeit herstellt, es ohnehin keine exklusive Definitionsmacht über den Frieden besäße, liegt die Frage nahe: Kann uns die Friedensforschung weiterhelfen? Die Antwort lautet: Ja, aber...

### Friedensforschung gibt es nur im Plural

Bis heute gibt es nicht die eine Friedensforschung. Nicht umsonst begreife ich sie als jene Disziplin, die über unterschiedliche Vorstellungen über den Frieden und Wege seiner Erkundung aufklären möchte. Klar ist jedoch: Historisch-genetisch ist sie nicht zuletzt als Gegenwissenschaft zu den Internationalen Beziehungen, vornehmlich den Strategischen Studien, entstanden. Deren Empfehlungen segelten nämlich immer dichter am atomaren Abgrund.

Der Durchbruch der Friedensforschung zu einer (tendenziell) eigenen Disziplin ist vor allem das Verdienst Johan Galtungs.<sup>2</sup> Er folgt

1 Vgl.: Jaberg, Sabine: Auslandseinsätze der Bundeswehr: Jenseits der grundgesetzlichen Friedensnorm?, in: Nielebock, Thomas u.a. (Hrsg.): Zivilklauseln für Forschung, Lehre und Studium. Hochschulen zum Frieden verpflichtet. Theodor Eschenburg-Vorlesung 2011. Mit Beitr. von Jürgen Altmann u.a. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2012. (Theodor Eschenburg-Vorlesungen; 6.) S. 177-221.

2 Vgl.: Galtung, Johan: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag, 1975. (rororo-aktuell; 1877.) Ders.: Frieden mit friedlichen Mitteln. Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur. Aus dem

ontologisch einem weiten, an der menschlichen Potentialität, später an den menschlichen Grundbedürfnissen orientierten Begriffsverständnis. Analytisch bescheinigt er Frieden und Gewalt neben der offensichtlichen personalen auch eine oftmals verborgene strukturelle Dimension. Später fügt er sogar eine kulturelle Komponente hinzu. Dabei sind jene Bereiche des Kulturellen angesprochen, die in der Lage sind, personale und strukturelle Gewalt bzw. personalen und strukturellen Frieden zu legitimieren – also Ideologien, Religionen, Recht, Wissenschaften oder auch sogenannte Kosmologien als gleichsam unterbewusste Vorstellungen darüber, was als richtig oder falsch, gut oder böse erscheint. Personales, Strukturelles und Kulturelles sind somit sowohl im Frieden als auch in der Gewalt untrennbar zu einer Art Syndrom verdichtet.<sup>3</sup>

Allerdings war Friedensforschung nie homogen. Bereits zu ihren Anfängen setzte sich eine kritische von einer traditionellen Perspektive ab. Auch heute existieren mindestens zwei größere Strömungen.<sup>4</sup> Ungeachtet ihrer punktuellen wechselseitigen Anschlussfähigkeit stelle ich sie idealtypisch gegenüber:

Die erste Strömung versucht, die Diskrepanz zu den *strategic bzw. security studies* zu überwinden – etwa über das Vehikel des weiten Sicherheitsbegriffs einschließlich der *human security*. Die zweite betont die disziplinäre Eigenständigkeit und akzentuiert daher die historisch-genetisch begründete disziplinäre Diskrepanz.

Die erste Strömung trägt den Kurs der Bundesregierung zum Ukrainekrieg und die Entscheidung über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland grundsätzlich mit. Sie plädiert hier allenfalls zaghaft für die Vorbereitung künftiger Friedensverhandlungen oder für die Einbeziehung rüstungskontrollpolitischer Ansätze. Die zweite Strömung übt hingegen prinzipielle Kritik. Im Ukrainekrieg lag bzw. liegt der Fokus mal stärker auf den Waffenlieferungen, mal stärker auf der Vernachlässigung bzw. Diskre-

Englischen übersetzt von Hajo Schmidt. Opladen: Leske + Budrich, 1998. (Friedens- und Konfliktforschung; 4.) (zit. Galtung: Frieden mit friedlichen Mitteln.)

3 Vgl.: Jaberg, Sabine: Johan Galtungs weites Verständnis von Frieden und Gewalt – eine Grundsteinlegung für die Friedensforschung, in: *Die Friedens-Warte*, 1-2/2021, S. 10-29.

4 Paradigmatisch spiegelt sich die erste Strömung etwa in den Stellungnahmen der jährlichen Friedensgutachten seit 2022 (<https://www.friedensgutachten.de/>), die zweite beispielhaft in: Albrecht, Malte u.a. (Hrsg.): *Quo vadis, Friedensforschung? Wissenschaft und Frieden – Dossier 96* (Beilage zu *W&F* 1/2023).

ditierung von Waffenstillstands- bzw. Friedensinitiativen. In der Stationierungsentscheidung sieht sie primär die Wiederherstellung bzw. Verhärtung jener konfrontativen Beziehungsmuster, zu deren Überwindung die Friedensforschung ursprünglich einmal angetreten war.

Bei aller Diversität bleibt Friedensforschung im Kern eine gewaltkritische Veranstaltung. Sie ist mithin der Tendenz nach heuristischer Pazifismus. Was bedeutet nun aber Pazifismus? Dieser – so der Philosoph Olaf Müller<sup>5</sup> – erschöpfe sich nicht darin, nur den Angriffskrieg zu verdammen oder jeden Krieg erstmal vermeidungspflichtig zu finden. Denn dann wären ja außer notorischen Kriegstreiber\*innen alle Pazifist\*innen – vor allem die meisten Soldat\*innen, die im Kriegsfall ihren Kopf hinhalten müssten. Mit Pazifismus meint Müller daher zu Recht mehr, nämlich auch die (praktische wie intellektuelle) Verweigerung gegenüber völkerrechtlich zulässiger bzw. friedensethisch rechtfertigungsfähiger Großgewalt.

Zur Klarstellung: Friedensforschung als heuristischer Pazifismus muss nicht zwingend bedeuten, völkerrechtskonforme oder friedensethisch vertretbare Gewalt unbesehen – also kategorisch – zu verdammen. Denn dann verkäme sie zur bloßen Ideologie bzw. zur blinden Routine. Der normative Anspruch verlangt geradezu danach, ihn immer wieder kritisch zu befragen – um ihn nach reifer Reflexion möglichst erneut zu bekräftigen. Kategorisch wird der heuristische Pazifismus aber an anderer Stelle: Er fordert zum einen dazu auf, gewaltfreie Optionen auch dort zu suchen, wo sie nicht auf der Hand liegen. Zum anderen hat er jede – auch die als friedensdienlich deklarierte – Gewalt kritisch zu hinterfragen einschließlich allem, was ihr dient. Er ist mithin Friedens-, Gewalt- und Eskalationsdetektor. Redete Friedensforschung hingegen irgendeiner Gewalt das Wort, mutierte sie selbst zur Quelle kultureller Gewalt im Sinne Galtungs.

Die *conclusio* liegt auf der Hand: Friedensforschung muss genau wie der Frieden vom Frieden her gedacht werden – und nicht über seine möglichen Umwege: Kriegsvorbereitung, Kriegsunterstützung oder gar Kriegsführung. Das sind die Wege der Strategischen Studien, nicht die einer angemessen auf den Begriff gebrachten Friedensforschung. Wie aber sieht ein friedenswissenschaftlicher Blick aus? Aus den unterschiedlichen Beschreibungsangeboten möchte ich den Ansatz

5 Vgl.: Müller, Olaf: *Pazifismus. Eine Verteidigung*. Ditzingen: Philipp Reclam jun., 2022, S. 12-15.

	Sicherheitslogik	Friedenslogik
Was ist das Problem?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bedrohung, Gefahr, Unsicherheit</li> <li>• Handlungen orientieren sich an Gefahrenabwehr und Verteidigung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Jede Gewalt, die bevorsteht, stattfindet, stattgefunden hat</li> <li>• Handlungen orientieren sich an Schutz vor Gewalt und Not – Gewaltprävention, -abbau und -nachsorge</li> </ul>
Wodurch ist das Problem entstanden?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Durch Andere / von außen kommend</li> <li>• Handlungen zielen auf Schuldzuschreibung, Sicherung und Wahrung eigener Interessen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Als Folge destruktiver Konfliktodynamiken</li> <li>• Handlungen zielen auf Transformation auf der Grundlage eines umfassenden Konfliktverständnisses – eigene Anteile einbeziehend</li> </ul>
Wie wird das Problem bearbeitet?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Durch Verteidigung und Selbstschutz</li> <li>• Handlungsansätze nutzen einseitige, auch eskalationsträchtige Mittel – Ausbau des Sicherheitsapparats, Abschreckung, Androhung oder gar Anwendung direkter Gewalt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Durch zivile Konfliktbearbeitung</li> <li>• Handlungsansätze nutzen deeskalierende, dialogische, vertrauensbildende, kooperative Mittel – unter Ausschluss direkter Gewalt</li> </ul>

der Friedenslogik auswählen, wie er in einer Arbeitsgemeinschaft der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung in den 2010er Jahren entwickelt worden ist.<sup>6</sup> Sein Kern ist eine Heuristik in Form eines fünfteiligen

<sup>6</sup> Zur Entstehung, Ausdifferenzierung und Diskussion des Ansatzes vgl.: Sicherheit und Frieden (S+F), 3/2020.

	Sicherheitslogik	Friedenslogik
Wodurch wird eigenes Handeln legitimiert?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mit dem Vorrang eigener Interessen</li> <li>• Handlungsansätze verfolgen die Relativierung, Unterordnung und Anpassung von Werten bzw. Normen an die eigenen Interessen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mit dem Ethos der Humanität – Menschenrechten und Völkerrecht</li> <li>• Handlungsansätze verfolgen die Umsetzung von Normen, die Veränderung von eigenen Interessen, das Anerkennen legitimer Interessen Anderer</li> </ul>
Wie wird auf Misserfolge reagiert?	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mit Selbstbestätigung, ohne Selbstkritik</li> <li>• Handlungsansätze richten sich auf das Verschärfen der bisher eingesetzten Mittel, ggf. Abwenden und Rückzug</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mit Selbstreflexion, Erfahrungslernen und Fehlerfreundlichkeit</li> <li>• Handlungsansätze richten sich auf konstruktive Fehlerkultur, Schadensvermeidung durch Wirkungsabschätzung, Schließung von Wahrnehmungslücken, Umsetzung von gewaltfreien Alternativen</li> </ul>

Quelle: Flyer „Friedenslogik weiterdenken“  
([https://pzkb.de/wp-content/uploads/2022/12/Friedenslogik\\_12-22-Web2.pdf](https://pzkb.de/wp-content/uploads/2022/12/Friedenslogik_12-22-Web2.pdf))

Frage-Antwort-Komplexes. Dieser konturiert die Friedenslogik gegen eine Sicherheitslogik, die sich letztlich in den Strategischen Studien zuspitzt. Dabei handelt es sich um heuristische Idealtypen. Realtypisch können in beiden Feldern durchaus Hybridversionen bestehen – erinnert sei etwa an einen sicherheitslogischen Abschreckungsfrieden

oder an friedenslogisch angereicherte Konzepte gemeinsamer, kooperativer, kollektiver oder gar menschlicher Sicherheit. Um einem Missverständnis gleich vorzubeugen: Der Ansatz der Friedenslogik impliziert keine Ablehnung des Zielwerts Sicherheit im Sinne einer verlässlichen Abwesenheit personaler Großgewalt. Im Gegenteil: Ein ambitionierter Friedensbegriff in Anschluss an Galtung schließt Überleben, Wohlbefinden ebenso ein wie Freiheit und Identität bzw. Sinn.<sup>7</sup> Diese Ziele gilt es aber über den Weg einer komplexeren Friedenslogik zu erreichen. Denn die simple Sicherheitslogik, die sich weitgehend in Abschreckung und Kriegstüchtigkeit erschöpft, hält etliche Paradoxien bereit. Dazu gehört die Folge des altbekannten Sicherheitsdilemmas, wonach die eigentlich im Dienste eigener Sicherheit ergriffenen Maßnahmen faktisch genau diese unterminieren.

Wenngleich sich diese Heuristik nur en bloc erschließt, möchte ich drei Aspekte hervorheben:

Erstens geht es Friedenslogik um die Vermeidung und Behebung jeder Gewalt – egal, welche Formen sie annimmt, wer sie verübt und wen sie betrifft. Unsere Gewalt ist nicht per se besser als die Gewalt der anderen.

Zweitens begreift Friedenslogik Gewalt als Folge destruktiver Konfliktodynamiken und bezieht dabei mögliche (personale, strukturelle und kulturelle) Anteile der eigenen Staats- und Gesellschaftsformation systematisch mit ein. Das dient der Problemanalyse und der Strategieentwicklung. Kontextualisierung bedeutet also weder Parteinahme für den Aggressor noch Entschuldigung seines Vorgehens.

Drittens setzt Friedenslogik auf zivile Konfliktbearbeitung unter Ausschluss direkter (personalen) Gewalt. War is war und eben nicht peace. Die Einpreisung gewaltsamer Wege in den Friedensbegriff, also deren Eskamotierung, widerspräche mithin wissenschaftlicher Redlichkeit.

Für die Favorisierung einer friedenslogischen Perspektive braucht es keinen persönlichen – säkular oder religiös begründeten – normativen Pazifismus; gleichwohl kann er hilfreich sein. Mit Blick etwa auf den Ukrainekrieg vermag sie sich aus weiteren Quellen zu speisen:<sup>8</sup>

7 Vgl.: Galtung: Frieden mit friedlichen Mitteln, S. 344.

8 Vgl.: Friedenslogik statt Kriegslogik. Zur Begründung friedenslogischen Denkens und Handelns im Ukrainekrieg. Stellungnahme aus der AG Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (11. Mai 2022) (<https://pzkb.de/wp-content/uploads/2022/05/>

Eine pragmatische Position folgt der Einsicht in die allgemeine oder zumindest fallspezifische Untauglichkeit militärischer Mittel, eine rationale Perspektive dem Wissen um die Kriegsuntauglichkeit risikotechnologiereicher Gesellschaften. Strategisch betrachtet geht es um die absolute Vermeidungspflichtigkeit eines Krieges zwischen NATO und Russland. Damit eng verbunden ist eine risikoaverse Haltung, die sich nicht zuletzt aus einer (ceteris paribus) gestiegenen Atomkriegsgefahr speist. Konfliktpsychologische Perspektiven warnen in Anlehnung an die Glas'sche Eskalationsleiter vor deren letzte Stufe eines „Gemeinsam in den Abgrund“,<sup>9</sup> während herrschaftskritische Positionen in friedenslogischen Ansätzen eine Alternative zu gewaltsam ausgetragenen Herrschaftsansprüchen erblicken können. In einer diskursiven Sichtweise stellt die Heuristik ein verlässliches Instrument zur Aufrechterhaltung, Erweiterung bzw. Wiedereröffnung alternativer (friedensorientierter) Denk- und Handlungsräume zur Verfügung. Zudem vermag dieser Perspektivenkatalog zur Transparenz der Argumente, mithin zur Versachlichung der Kontroverse über den Ukrainekrieg beizutragen: Je mehr seiner Argumente ich teile, desto eher komme ich zu einer tendenziell pazifistischen Position; je weniger Argumenten ich zustimme, desto eher lande ich bei einer tendenziell bellizistischen Position.

### Was bedeutet ein friedenswissenschaftlich heuristischer Pazifismus in der „Zeitenwende“?

Zunächst eine Vorbemerkung: Wissenschaft dient nicht. Ihr originärer Auftrag besteht gerade nicht darin, der hohen Politik konkrete Schritte zu empfehlen. Allenfalls ist sie jenseits ihrer Eigenwertigkeit eine Reflexionsinstanz der Gesellschaft und auch für die Gesellschaft.<sup>10</sup> Das

Stellungnahme-AG-Friedenslogik-PZKB\_Friedenslogik-statt-Kriegslogik-1.pdf), S. 5-7.

9 Vgl.: Glasl, Friedrich: Konfliktmanagement. Ein Handbuch für Führung, Beratung und Mediation. 12., aktualisierte und ergänzte Aufl. Stuttgart: Haupt, Freies Geistesleben, 2020, S. 244f.

10 Hier spitze ich eine Formulierung von Teresa Koloma Beck und Florian P. Kühn zu: „[...] Erfahrungen zeigen, dass eine lineare Übertragung von Praxiswissen in akademische Analysen ebenso nicht möglich ist wie die Implementierung von Forschungsergebnissen in operatives Vorgehen. [...] Wissenschaft in einer Demokratie [dient] nicht primär der Politik. Sie ist auch eine Reflexionsinstanz der Gesellschaft.“ – Beck, Teresa Koloma/Kühn, Florian

gilt unabhängig von dem Ort, an dem Wissenschaft betrieben wird, schließt also die Führungsakademie der Bundeswehr ein.

Wenngleich die proklamierte Zeitenwende gerne an der Höhe des Wehretats gemessen und am Grad der Kriegstauglichkeit geschätzt wird: Das sind bloße Symptome. Den wesentlichen Kern bringt Verteidigungsminister Boris Pistorius auf den Punkt: Es geht um nichts weniger als einen „Mentalitätswechsel der Gesellschaft“<sup>11</sup>. Oder mit Bundeskanzler Olaf Scholz gesprochen: „Die Welt danach [nach dem 24. Februar 2022, SJ] ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.“<sup>12</sup> Die Rede von der Zeitenwende konstruiert mithin eine Stunde null, einen radikalen Paradigmenwechsel: Alles, was zuvor richtig war oder doch zumindest richtig erschien, droht als respektable Denkoptionen in einem einzigen Handstreich ausgelöscht zu werden. Erinnert sei an die Entspannungspolitik und ihre Konzepte etwa der kooperativen Rüstungssteuerung, wie Wolf Graf von Baudissin den Ansatz der arms control präzise übersetzt hat.<sup>13</sup>

Dort, wo die Respektabilität nicht normativ pauschal abgesprochen wird, droht praktisch das Diktat der „Zeitenwende“ dieser alles unterzuordnen. Wichtige Themen, Ansätze oder Projekte erscheinen dann als Luxus, den man sich nicht mehr leisten könne. Das beginnt auf der Ebene der hohen Politik und endet auf der ganz konkreten Arbeitsebene – etwa in den Lehrplänen oder im Hörsaal der Führungsakademie. Aktuell bzw. potenziell betroffen vom Formierungsdruck sind übrigens nicht nur speziell friedenslogische Ansätze. Das gilt auch für alle anderen Perspektiven und Formate, die am Anspruch akademischer Lehre und am Ideal eines „Staatsbürgers in Uniform“ festhalten, die sich also nicht in bloßen Trainings unmittelbar kriegsrelevanten Tuns erschöpfen. Training, nicht mehr Lehre, heißt

---

P.: Wer sagt, es sei ein Scheitern? Zu den politischen und sozialen Gründen begrenzter Beratungsfähigkeit von Wissenschaft und Politik, in: dies. (Hrsg.): Zur Intervention. Afghanistan und die Folgen. Hamburg: Hamburger Edition, 2023, S. 134-149; hier: S. 148.

11 Verteidigungsminister Boris Pistorius zit. nach: Berlin direkt vom 29. Oktober 2023, in: <https://www.youtube.com/watch?v=ZCmpbDbYO8A>, 6:17f.

12 Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022, zit. nach: <https://www.youtube.com/watch?v=FIk67l9Zp2w>, 1:45-1:50.

13 Vgl.: Baudissin, Wolf Graf von: Grenzen und Möglichkeiten militärischer Bündnissysteme. Sicherheitspolitische Perspektiven im kommenden Jahrzehnt, in: Europa-Archiv, 1/1970, S. 1-10; hier: S. 5 (Anm. 4).

bereits seit einigen Jahren das gesamte Veranstaltungsangebot. Und Begriffe schaffen sich bekanntlich ihre Realitäten – diese kleine Reminiszenz an den großen Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel sei mir gestattet. Die „Zeitenwende“ könnte sich diesbezüglich als Katalysator erweisen.

Welche Aufgaben stellen sich einer vom heuristischen Pazifismus inspirierten Friedensforschung unter den Bedingungen der „Zeitenwende“? Angesichts des derzeitigen politischen wie medialen mainstreams sind sie eher bescheiden, gleichzeitig aber auch fundamental zu formulieren:

Die erste Kernaufgabe besteht darin, alternative unmittelbar friedensbezogene Denk- und Handlungsräume durch wissenschaftliche Interventionen offenzuhalten oder neu zu öffnen. Das bedeutet vor allem: nicht verstummen, sondern weiterhin entsprechend diskutieren, publizieren und lehren (nicht zu verwechseln mit indoktrinieren).

Damit eng verbunden ist eine zweite, etwas konkreter gefasste Aufgabe: die friedenslogische, gewaltkritische und eskalationssensible Durchlöcherung dessen, was sogar Teile der strategic community als „Blob“ bezeichnen. „Blob“ steht hier – so Hans Kundnani – für „gruppenkonformes Denken [...] in der Außenpolitik“, wobei diese in einer weitgehend „geschlossenen Welt von Beamten, politischen Beratern, Analysten und Journalisten mit ähnlichen Sichtweisen und Ideen gemacht wird“<sup>14</sup>. Ergänzend gilt es zu schauen, wo mit welchen Teilen dieser Gruppe friedenslogische Anschlussmöglichkeiten bestehen. Hier bietet sich nicht zuletzt der Ansatz kooperativer Rüstungssteuerung an.

Und drittens können jene Teile der Friedensforschung, die im Schnittstellenbereich von Wissenschaft und Friedenspraxis aktiv sind, friedenslogisch kompatible Initiativen unterstützen oder initiieren. •

---

14 Kundnani, Hans: Der Berliner Blob (17. April 2024), in: <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/der-berliner-blob-7455/>.



Bild: Bundeswehr/Dr. Heinz

## Strategische Grundannahmen internationaler Wahrnehmung

Maximilian Terhalle

Aus der Reihe tanzen geht nicht“, ermahnte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, im Sommer 2024 seinen Parteikollegen, den Bundesminister der Verteidigung, Boris Pistorius. Solche Zeichen massiven Widerspruchs innerhalb der Regierung bildeten dabei den Hintergrund für etwas sehr Ernstes, Haushaltspolitik nämlich: Konkret, daß der Bundesminister der Verteidigung zwar 6,5 Milliarden für sein Haus forderte, aber nur, wie sich herausstellte, 1,2 Milliarden Euro für sein Ressort im Herbst erhielt.<sup>1</sup> Dabei firmiert Haushaltspolitik schlicht als der reale Spiegel tatsächlich gesetzter Prioritäten der Bundesregierung – und damit insbesondere

<sup>1</sup> Zahlen und Zitat von Mützenich aus: Carstens, Peter, Mützenich gegen Stationierung von Mittelstreckenraketen, 21. Juli 2024, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/muetzenich-gegen-mittelstreckenraketen-in-deutschland-19870037.html>

als Spiegel ihrer Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Großlage. Aber wie, so läßt sich fragen, nimmt man eigentlich wahr, was man wahrnimmt und wie priorisiert man deshalb seine Prioritäten? Ist ein strategisches Mindset in diesem Zusammenhang Voraussetzung, Hilfsmittel oder Konsequenz des Wahrnehmens? Ist es überhaupt notwendig?

Hier wird erstens der Versuch unternommen, in einige Grundannahmen der Sicherheitspolitik einzuführen. Diese konzeptionellen Annahmen sind nicht etwa esoterischer Natur, sondern im Kern bieten sie ein Verständnis der Voraussetzungen von Sicherheit und damit für das Überleben von Staaten. Gewiß kann dies nur ein Verständnis sein, da der Blick auf Fragen von Sicherheit ohne andere gewichtige Ansätze fragmentarisch bliebe, es immer mehrere Wahrnehmungen derselben Realität gibt. Zweitens wird der Beitrag diese Grundannahmen anhand des in letzter Zeit häufig verwendeten Begriffs Eskalation veranschaulichen.

### 1.

Die konzeptionellen Grundannahmen, von denen jetzt die Rede sein wird, stoßen zuweilen auf Unverständnis, da sie denjenigen, die im Friedensprojekt Europa seit fast acht Jahrzehnten sozialisiert worden sind, zunächst nicht unmittelbar eingängig sind. Daß dieses Friedensprojekt aber ohne den Zweiten Weltkrieg nicht erklärbar ist, ist seitdem vergessen worden, vielleicht war es sogar ein Ziel, ein hehres Ziel dieses Projekts, Krieg vergessen zu machen. Krieg, der ewige Begleiter der Menschheit, ist aber integraler Bestandteil dessen, was die deutsche Außenministerin am 24. Februar 2022 meinte, als sie von der „anderen Welt“ sprach, in der sie aufgewacht sei. Diese andere Welt hat es immer gegeben und wird es immer geben, sie kann durch Europa, durch Deutschland nicht wegdefiniert oder weggewünscht werden.

Nun sollen knapp die konzeptionellen Grundlagen dessen vorgestellt werden, was als strategische Weltsicht bezeichnet werden kann. Diese Sichtweise nimmt zunächst an, daß sich insbesondere Großmächte antagonistisch gegenüberstehen. Sie folgen dabei ihrem Machttrieb, dem *animus dominandi*, wie Hans Morgenthau ihn genannt hat, um ihre Interessen robust zu verfechten.<sup>2</sup> Diese Machtinteressen dienen der

<sup>2</sup> Morgenthau, Hans (1985), *Politics among Nations*. New York: Knopf.

Machtbehauptung, also Sicherheit, genauso wie der Machterweiterung. Diese Annahme ist nicht westlich geprägt, wie postkoloniale Kritiker behaupten, sie ist global, ganz wie es der General und Historiker Thukydides vor 2500 Jahren an einer Stelle in seinem Werk zum Peloponnesischen Krieg gesagt hat:

„Wir [die Athener] glauben, dass der Mensch ganz sicher allezeit nach dem Zwang der Natur überall dort, wo er die Macht hat, herrscht. Wir haben dieses Gesetz weder aufgestellt noch als bestehendes zuerst befolgt; wir haben es als gegeben übernommen und werden es als ewig gültiges hinterlassen. Wir befolgen es in dem Bewußtsein, dass auch andere, die dieselbe Macht wie wir errungen haben, nach demselben Grundsatz verfahren würden.“<sup>3</sup>

Großmächte, die somit an den Punkt kommen, an dem aus ihrer Sicht friedliche Mittel nicht mehr zur Erreichung eines strategischen Ziels geeignet sind, sind in der Lage, ihr Ziel mit militärischen Mitteln zu erlangen – weil sie es können. Dieser Annahme liegt ein Menschenbild zugrunde, das dem seit 250 Jahren durch die Aufklärung geprägten widerspricht. Das strategische Menschenbild sieht durchaus die Vernunftbegabung, aber es erkennt die Macht evolutionärer Triebe darin als deutlich stärker wirkend. Also all das, was die neurowissenschaftliche und psychologische Emotionsforschung um Robert Jervis, Keren Yarhi-Milo, Daniel Kahneman und anderen in den letzten 20 Jahren mit viel Akribie verdeutlicht hat.<sup>4</sup> Sie hat damit den „deinos“, wie die Griechen die Menschennatur fassten, in seiner schöpferischen und zerstörerischen Kraft im eigentlichen Wortsinn überzeugend begriffen.

Strukturell wird das anthropologische Merkmal dieser Grundannahmen dadurch verfestigt, daß die internationale Politik kein übergeordnetes, effektives Instrument besitzt, um eine Großmacht in ihrem Machttrieb einzuhegen, zumal wenn dieser in tatsächliche Gewalt übergeht. Es ist die Figur der Anarchie, die hier wesentlich ist. Anarchie in dem Sinn, daß ein zumeist größerer Staat bis heute und in

3 Thukydides, Peloponnesischer Krieg, Buch IV.

4 Jervis, Robert (2017), *How statesmen think: the psychology of international politics*. Princeton: Princeton University Press; idem (2017), *Perception and misperception*, new introduction. Princeton: Princeton University Press (new edition); Yarhi-Milo, Keren (2012), *Knowing the Adversary*. Princeton: Princeton University Press 2014; Kahneman, Daniel, *Thinking fast and slow*. London: Penguin.

Zukunft faktisch die Möglichkeit hat, einen anderen Staat militärisch anzugreifen und ihm durch den Krieg seinen Willen aufzuzwingen, ohne daß es dagegen ein wirksames Verbot geben kann. Die Einigkeit des VN-Sicherheitsrates bietet hier keine Garantie und damit das Völkerrecht an sich auch nicht. Michael Howards klassisches Werk „*The Invention of Peace*“ hat dies meines Erachtens historisch überzeugend veranschaulicht.<sup>5</sup>

In diesem Zusammenhang heißt es zuweilen in Berlin, das Recht des Stärkeren dürfe sich nicht durchsetzen. Und auch, daß Macht Recht nicht brechen dürfe. Die zweite Aussage ist allein eine moralisch wertvolle Annahme, da Recht ohne harte Macht unglaubwürdig bleibt und damit jederzeit Gefahr läuft, durch Macht gebrochen zu werden. Und die erste Aussage, ähnlich vernunftgetrieben, übersieht, daß erst Stärke den Starken zu Raison zu bringen vermag, weil nur glaubwürdige Stärke den, der den Status quo brechen will, abschrecken kann. Scheitert die Abschreckung, ist es auch dann nicht das Recht an sich, sondern Macht, die das Überleben des Staates ermöglicht, aber nicht garantiert.

Praktisch sind wir davon weit entfernt. So sagte der Kanzler im September 2023 bei den VN, für „Gewalt als Mittel der Politik“ im „21. Jahrhundert [dürfe man] ... keinen Platz mehr sehen.“ Und seine Vorgängerin hatte noch 2021 Krieg als Machtpolitik ins 19. Jahrhundert verbannen wollen.<sup>6</sup> Um nicht falsch verstanden zu werden, beider Aspiration ist normativ wünschenswert. Aber die Weltpolitik hat zu häufig gezeigt, daß sie ihrer Natur nach anders operiert.

Nimmt man nun zunächst die anthropologischen und die strukturellen Annahmen zusammen, ergibt sich daraus die Grundlage dafür, die Wahrnehmung von Realität strategisch zu schärfen. Diese Schärfung ist heute dringlichst notwendig. So wird der Satz von Clausewitz, wonach der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, in Deutschland vielerorts weiterhin mit intuitiver Ablehnung und routinemäßig als Negativfolie genutzt, ganz in dem oben genannten, sich moralisch selbst verhüllenden Sinne, wonach sich das Recht des Stärkeren nicht durchsetzen dürfe. In der realen

5 (2001), London: Profile Books.

6 Bundeskanzler Scholz, Rede von Bundeskanzler Scholz zur 78. Generaldebatte der Generalversammlung der Vereinten Nationen, 19.09.2023. <https://new-york-un.diplo.de/un-de/-/2619364>

Welt strategischer Angelegenheiten trifft zumeist jedoch das Gegenteil zu. Die „andere Welt“, die Frau Baerbock meinte, deren Logiken sind es, die Krieg als legitimes Mittel der Politik betrachten, Politik auch durch Krieg betreiben und im Krieg kein Scheitern von Diplomatie sehen, sondern den natürlichen Gang der weltgeschichtlichen Dinge.

Diese Sicht führt zu einer Spannung im deutschen strategischen Denken, die dennoch auflösbar ist. Daß der Aggressionskrieg Politik gestaltet, ist selbstredend keine Handlungsmaxime für Berlin. Daß die Möglichkeit von Krieg in der beschriebenen politischen Form aber zu einer Wahrnehmungsmaxime deutscher Sicherheitspolitik werden muß, dem sollte sich nicht länger intuitiv verweigert werden. Damit auf das Engste verbunden werden muß die Einsicht, Krieg nicht länger allein vom ersten scharfen Schuß her zu denken, sondern als integralen Bestandteil der Weltpolitik. Die dialektische Möglichkeit von Krieg gilt es deshalb, in Friedenszeiten und Krisenzeiten zu denken und entsprechend zu planen. Integrierte Sicherheit sollte deshalb nicht nur ein Synonym für Ressortabstimmung sein, sondern stärker noch für ein Denken, das das gesamte Spektrum der Ressourcen eines Staates so zu bündeln versteht, daß dieser Staat glaubwürdig Stärke nach außen projizieren kann – und will.

Liberalen Gesellschaften tun sich ungemein schwer mit diesem Verständnis. Denn in ihrer Weltsicht begründet sich Kooperation auf friedlichem Wettbewerb (win-win), auf Kompromissen als Streitbeilegungsmechanismen sowie auf rechtlichen Abmachungen. Diese Weltsicht fließt historisch, nicht philosophisch, aus der zu Beginn erwähnten friedlichen Sozialisation der Europäer durch und nach dem Zweiten Weltkrieg. Man könnte das eigentliche strategische Mindset der Deutschen, wenn man so will, den Multilateralismus, noch hinzunehmen. Denn wer internationalen Streit, akuten oder unscheinbaren, durch seine Sozialisation als Aufforderung wahrnimmt, zu einem Kompromiß zu gelangen, für den sind Konzessionen ein entscheidendes und naheliegendes Mittel seiner Wahl. Wo es aber um Macht geht, begeht der, der so denkt, einen folgenreichen Irrtum im Sinn eines Kategoriefehlers.

Denn Aggressoren, die von liberalen Staaten meistens lange Zeit nicht als solche wahrgenommen werden, haben eine ganz andere Sicht auf die Natur von Konzessionen. Ein Hauptkritikpunkt, der an der häufig angeführten, selten durchdrungenen Spiraltheorie geäußert

werden kann, lautet bei Robert Jervis: Aggressoren sehen Konzessionen als Resultat von Angst und deshalb als Schwäche, gerade weil der Aggressor aus seiner Sicht seine Intentionen bereits lange deutlich gemacht hatte.<sup>7</sup> Dieses Muster paßt gut auf die Herrscher Russlands und Chinas, während westliche Staaten, insbesondere Deutschland, an ihrer Fehlwahrnehmung dieser Länder gescheitert sind.

Der Strategie hierzulande sollte also auf die Fundamente äußerer materieller Stärke setzen und innere ideelle Stärke als Wahrnehmungsschärfe betrachten, um die Voraussetzungen des eigenen Überlebens konzeptionell zu begreifen. Diese neue Schärfe sollte sich dann in einem kulturellen Bewußtsein verstetigen, das die Umwelt strategisch begreift und ihr entsprechend mißtrauisch begegnet.

Lawrence Freedman hat diese Dialektik prägnant so gefaßt: „... yet, and this may only be a matter of temperament, there does tend to be a dark side to the strategic imagination that picks up intimations of disorder at times of stability, that senses the fragility of human institutions even while striving to reinforce them, that cannot stop thinking of war while promoting peace.“<sup>8</sup>

Daß dies in Deutschland bisher offiziell zumindest nicht geschehen ist, mag man daran erkennen, daß der externe Schock vom 24. Februar 2022 kurzzeitig die Notwendigkeit radikalen Handelns bewirkte, Berlin aber schon mit dem Beginn der Panzerdebatte nach sechs Monaten später wieder eine andere Wahrnehmung bei der Priorisierung seiner Prioritäten vornahm.

Um der Frage zu begegnen, welche Bedeutung diese Grundannahmen auch bei kleineren bis mittleren Staaten haben, wäre noch dieses hinzuzufügen: Ohne Mitgliedschaft in einer Allianz ist glaubwürdige äußere Stärke schwer zu erreichen; und damit wird sogleich die Kehrseite deutlich, nämlich daß das Projizieren von mangelnder äußerer und innerer ideeller Stärke in eine Allianz hinein zur Schwächung der Glaubwürdigkeit der Allianz von innen nach außen führt. Mögliche Kontrahenten wissen und manipulieren dies nach allen Mitteln der Kunst, die Emotion Angst ist ein zentrales darunter.

7 Jervis, Perception, Kap. 3.

8 Freedman (2019), in Baylis (Hg.), Strategy in the Contemporary World, S. 419.

## 2.

Hierauf aufbauend, wird nun, zweitens, der zuletzt vielgenutzte Begriff der Eskalation und dessen operative und diskursive Nutzung zur Veranschaulichung herangezogen.

Die Frage der Eskalation ist aus deutscher Sicht stets besonders prominent geworden, wenn Putin den Einsatz nuklearer Waffen androhte. Zuletzt in der Taurus-Debatte machte der Bundeskanzler deutlich, daß Berlin nicht wie Paris und London handeln könnte, da diese Staaten Nuklearwaffen besäßen, Deutschland hingegen nicht. Man sah bei einer möglichen Taurus-Lieferung also die Gefahr einer Eskalation des Krieges, die Russland möglicherweise zum Nuklearwaffeneinsatz gegen Deutschland bewegen würde, weshalb die Lieferung von Taurus ausgeschlossen wurde – und wird.

Putin war somit ein doppelter Erfolg gelungen. Erstens hatte er durch die Nukleardrohung Deutschland von der Lieferung von Taurus abgehalten und damit das konventionelle Feld der Waffen zu seinen Gunsten bewegt. Und zweitens war es ihm gelungen, die Eskalationsangst des Kanzlers derart zu manipulieren, daß seine implizierte Drohung des Nuklearschlags den Bundeskanzler glauben ließ und läßt, daß Russland ein individuelles Land der NATO nuklear attackieren könnte. Hier wird, wenn nicht alles täuscht, das besondere Gewicht des Erfolges Putins erkennbar, insofern als es ihm psychologisch gelungen ist, im Bundeskanzler die Logik der Allianz aufzulösen. Denn Putin kann einen Angriff gerade nicht auf ein einzelnes Land vornehmen, ohne die garantierte Reaktion der gesamten NATO erwarten zu müssen.

Es scheint also angesichts der deutschen Wahrnehmungsschwäche lohnend, den Eskalationsgedanken näher zu betrachten. Die Geschichte nuklearer Strategie, die Lawrence Freedman vorgelegt hat, ist hierbei sehr hilfreich.<sup>9</sup> Der Eskalationsgedanke wurde zu einem Begriff, der in den Nukleardiskussionen der 1950er und 1960er Jahre aufkam. Im Kern besagte er, jeder zunächst vielleicht begrenzt gedachte Nuklearkrieg würde unweigerlich zum totalen Krieg führen. Der Aufzug (escalator) wurde dabei angeführt, um die vermutete Gefahr zu fassen, der dem Menschen die Kontrolle entzog und gleichsam automatisch in die Höhe fuhr. Diese Automatik wurde begründet

<sup>9</sup> Freedman, Lawrence (2019), *The evolution of nuclear strategy*. Basingstoke: Palgrave.

durch die vorhersehbaren Schlagabtausche und Fehlkalkulationen, die zwangsläufig die Eskalation auf den Höhepunkt trieben. Hermann Kahns daraufhin einsetzende Kritik an diesem Denken fußte darauf, daß die Bewegung des Aufzugs durchaus kontrolliert werden könnte und führte deshalb die Eskalationsleiter ein. Ob man hoch- oder absteigen oder verharren wollte, wo man sich gerade befand, lag am jeweiligen Akteur. Linear konnte der Prozeß nicht sein. Die Eskalationsleiter gab somit mehr Raum für Non-Linearität im Wettstreit derer, die nukleares Risiko eingingen.

Kahn und andere merkten aber im Verlauf der Diskussion, daß der Gegner gegebenenfalls eine ganz andere Leiter im Sinne hatte und diese entsprechend anders wahrnahm und nutzte, weshalb die Leiter kein geeignetes Mittel für Kommunikation zwischen den Kontrahenten sein konnte.

Welche Schlußfolgerungen lassen sich nun hieraus für die übergeordnete Frage nach der Wahrnehmung internationaler Politik treffen, die aus den sicherheitspolitischen Grundannahmen entwickelt wurde?

Erstens: Eskalation sollte nicht mehr derart betrachtet werden, daß aufgrund der implizierten, linearen Automatik des Eskalationsbegriffs das nukleare Armageddon die unmittelbare Konsequenz dieser oder jener konventionellen Waffenlieferung sein muß. Diese Eskalationslogik hält sich zwar so gegenwärtig noch im Kopf wichtiger deutscher Entscheidungsträger, Krieg aber, das sollte die Nation Clausewitzens wissen, entwickelt sich nie linear.

Zweitens: Mit Blick auf Kahns Einsicht, wonach es mehr als eine Leiter gäbe, ergibt sich die Anerkennung der Möglichkeit, die Wahrnehmung des Gegners manipulieren zu können, um ein anderes als das kommunizierte Ziel zu erreichen. Putin ist dies bisher sehr gut gelungen: Auf die Nukleardrohungen folgten deutsche Konzessionen wie Langwierigkeit in der Entscheidungsfindung (die Putin nie mit Nichthandeln beantwortet hat) oder wie die Nichtsendung wichtigen militärischen Materials wie den Taurus. Diese Logik funktioniert somit.

Und zuletzt: Statt zu vermuten, Armageddon stünde gleichsam axiomatisch vor der Tür, wäre es realistischer zu überlegen, welche Optionen Putin in der jeweiligen Situation zur Verfügung standen und stehen. Dann würde man sehen, daß die nukleare Option gewiß eine war und ist, aber war und ist sie die überzeugendste im jeweiligen Kontext?

## Schluß

Zusammenfassend läßt sich dies konstatieren: Deutschland sollte den Machttrieb von Staaten als inhärentes Merkmal internationaler Politik anerkennen, sollte Krieg als permanentes Mittel der Politik akzeptieren, um nicht länger der Gefahr der Selbsttäuschung durch die eigene, Krieg ausschließende Wahrnehmung zu unterliegen und sollte der systemisch unausweichlichen Anarchie der Weltpolitik durch abschreckende Stärke im und für das Bündnis der NATO begegnen. Im Fall von Konzessionen sollte die Einsicht gelten: Diese werden von Aggressoren als Resultat der Angst und deshalb als (Signal der) Schwäche betrachtet, da der Aggressor aus seiner eigenen Sicht bereits lange seine Intentionen deutlich gemacht hatte, weshalb ihn konsequenterweise Konzessionssignale und -angebote in seiner Herangehensweise bestätigen und weiter bekräftigen.

Umso überzeugter Berlin diese Einsichten in seiner strategischen Kultur verinnerlicht, umso überzeugender wird es im Inneren von der eigenen Gesellschaft und im Äußeren von Freund und Feind wahrgenommen werden.

Scheitert dieser Prozeß der Aneignung einer Strategiekultur oder verzögert er sich weiterhin, wird die Logik der „anderen Welt“ dadurch nicht außer Kraft gesetzt werden. Im Gegenteil: Die Antagonisten des Westens werden dieses Defizit vorhersehbar, unnachgiebig und skrupellos ausnutzen. •

Gesamtgesellschaftliche  
Sicherheitsvorsorge  
gegen komplexe Bedrohungen





Bild: Bundeswehr/Rupprecht

## Hybriden Bedrohungen und Grauzonenaktivitäten begegnen

Maren Tomforde

In den letzten Jahren hat sich die Sicherheitslage in Deutschland und Europa erheblich verschlechtert. Der Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 hat die sicherheitspolitische Landschaft grundlegend verändert und zu einer Neubewertung der Verteidigungspolitik geführt. Die NATO und die Bundeswehr richten ihren Fokus wieder verstärkt auf Abschreckung und Verteidigung, während gleichzeitig hybride Bedrohungen durch Russlands Grauzonenaktivitäten zunehmen.

Diese Grauzonenaktivitäten umfassen ein breites Spektrum von Handlungen, die darauf abzielen, europäische Staaten und ihre Gesellschaften zu destabilisieren. Dazu gehören Cyberangriffe auf private und staatliche Einrichtungen, Sabotageakte auf kritische Infra-

struktur und Desinformationskampagnen. Ein weiterer Aspekt ist der Versuch, bestehende Polarisierungen in europäischen Ländern zu verschärfen, besonders im Vorfeld von Wahlen. Der Balkan wird dabei als besondere Zielregion für Destabilisierungsversuche betrachtet. Die permanenten hybriden Angriffe seitens Russlands zielen darauf ab, Europa zu schwächen, die Unterstützung für die Ukraine zu verringern und Schwachstellen auszuloten.

Zu den hybriden Bedrohungen und Grauzonenaktivitäten hinzu kommen weitere Herausforderungen wie der internationale Terrorismus, stetig zunehmende Cyberangriffe unterschiedlichster Provenienz, organisierte Kriminalität, die missbräuchliche Verwendung neuer Technologien, die Migrationskrise, Pandemien, die globale Ernährungskrise sowie die dramatischen Folgen des Klimawandels.

Die angesprochenen Bedrohungen zeichnen sich durch ihre Vielschichtigkeit, Unvorhersehbarkeit und (grenzüberschreitenden) potenziell weitreichenden Auswirkungen auf verschiedenste staatliche und gesellschaftliche Bereiche aus. Sie erfordern daher eine umfassende und flexible Herangehensweise, die über traditionelle Konzepte der nationalen Sicherheit hinausgeht. Um diesen Herausforderungen effektiv begegnen zu können, ist ein ganzheitlicher gesamtgesellschaftlicher Ansatz zur Sicherheitsvorsorge erforderlich.

Ein solcher Ansatz basiert auf der Erkenntnis, dass die Bewältigung komplexer Bedrohungen nicht allein Aufgabe staatlicher Sicherheitsorgane sein kann, sondern auch die Privatwirtschaft, Forschungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Organisationen, soziale Bewegungen sowie alle Bürgerinnen und Bürger eines Landes einbeziehen muss. Ziel sollte es sein, die Ressourcen und Fähigkeiten aller relevanten Akteure zu bündeln, um eine möglichst umfassende und effektive Sicherheitsvorsorge zu gewährleisten.

In Deutschland entwickelt sich zunehmend ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer gesamtgesellschaftlichen Risikoversorge. Die Bundesregierung hat mit der im Jahr 2022 verabschiedeten „Deutschen Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen“ einen wichtigen Rahmen geschaffen, um ein risikoinformiertes Handeln und eine resiliente Gesellschaft zu fördern. Die gesamtgesellschaftliche deutsche Sicherheitsvorsorge orientiert sich dabei an skandinavischen und baltischen Modellen, die durch eine nationale Mobilisierung zur Abschreckung und Resilienz gegenüber Russland gekennzeichnet ist.

Diese Entwicklungen in der Sicherheitspolitik und der gesamtgesellschaftlichen Risikovorsorge stehen in engem Zusammenhang mit den politischen und ideologischen Veränderungen innerhalb Russlands seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine. Der folgende Beitrag zur ideologischen Radikalisierung des Putin-Regimes, zunehmenden Repression im Inneren sowie Neubewertung des Krieges in der russischen Gesellschaft bietet einen tieferen Einblick in diese internen Dynamiken Russlands und unterstreicht die Komplexität der Bedrohungen, denen Deutschland und Europa gegenüberstehen. Im Anschluss stellen zwei Statements militärstrategische und gesellschaftswissenschaftliche Folgerungen zum Umgang mit diesen Herausforderungen vor. •



Bild: Bundeswehr/Dr. Heinz

## Russland im Krieg: Politische Transformation und ideologische Radikalisierung

Cornelia Schenke

Die Frage, was Deutschland, Europa und die Welt von Russland in der näheren Zukunft zu erwarten haben, lässt sich in kürzester Form so beantworten. Erstens: Wir wissen es nicht. Zweitens: Jedenfalls nichts Gutes. Ausführlichere Betrachtungen werden im Folgenden vorgestellt.

### Kontingenz

Wir verfügen über weit weniger Informationen über die politische, wirtschaftliche und soziale Lage in Russland, als dies vor dem Totalangriff

auf die Ukraine der Fall war. Informationsquellen aus Russland sind versiegt, Kontakte abgerissen. Die politische Entscheidungsmacht ist noch stärker beim Diktator konzentriert, als dies vor dem Krieg der Fall war, gleichzeitig wissen wir nicht, inwieweit Putin selbst über ein klares Lagebild verfügt, wie dieses gefiltert wird und wie ideologische Überzeugungen seine Interpretation dieses Lagebilds beeinflussen.

Putin und andere Regimevertreter arbeiten selbst hart an Russlands Image als gefährlich unberechenbarem Player und inszenieren sich als loose cannon: Bruch von Verträgen und Völkerrechtsnormen, gewohnheitsmäßiges Lügen, aggressive Rhetorik, maßlose auch nukleare Drohungen, das konterkariert etablierte Verhaltenserwartungen, führt zu Verunsicherung, Bedrohungsgefühlen. Wir können und sollen nur mutmaßen, welche Kriegsziele verfolgt werden, welche Mittel dafür in Betracht gezogen werden.

Es besteht ein großes Risiko, dass wir die aus der Zeit vor dem Kontaktabbruch gewonnenen Erkenntnisse über Absichten, Ziele und Verhalten der russischen Führung und die russische Gesellschaft in die Gegenwart projizieren, oder annehmen, dass Veränderungen linear erfolgen und gradueller Natur sind, obwohl die Realität des Krieges zu fundamentalen Umwälzungen geführt hat.

Wir können die Handlungen des Regimes und seine gesteuerten und unwillkürlichen Selbstoffenbarungen analysieren und diese zeigen jedenfalls so viel: der Totalangriff auf die Ukraine und sein unerwarteter Verlauf haben als Katalysatoren für radikale innenpolitische Transformationen gewirkt und einen weiteren Ideologisierungsschub ausgelöst. Politische Fehleinschätzungen und militärische Rückschläge führten nicht zu einer Anpassung an das „Realisierbare“. Im Gegenteil, wir beobachten eine Maximalisierung revanchistischer Zielsetzungen und die Radikalisierung ideologischer Konzeptionen.

Das Regime ist bereit, hohe Risiken einzugehen und revolutionäre Veränderungen vorzunehmen, um die Kriegsziele zu erreichen. Die damit einhergehende Angst vor Kontrollverlust, bedingt die eskalierende Repressivität des Regimes. Für das Putin-Regime ist die militärische Unterwerfung der Ukraine aus vielerlei Gründen eine Existenzfrage. Wer sich diesem Ziel entgegenstellt, wird ausgeschaltet.

## Repression, Neubewertung des Krieges und Ideologisierung

Mit dem Beginn des Kriegs wurde zum Sturmangriff gegen innere Feinde geblasen. Schon vor Beginn des Totalangriffs waren die demokratische Opposition und zivilgesellschaftliche Organisationen marginalisiert, als Ergebnis stetig anziehender Repressionen und Stigmatisierung als „ausländische Agenten“. Heute befinden sich ihre Vertreter, die jahrelang der Verfolgung getrotzt haben, entweder im inneren oder äußeren Exil, im Untergrund oder in Haft. Das macht einen Unterschied. Das Regime artikuliert heute offen neofaschistische militaristische, ultranationalistische und imperialistische Positionen und setzt diese in Politik um, ohne öffentlichen Widerspruch.

Der Wandel wird sehr deutlich an der Neubewertung des Krieges, wie sie in Äußerungen Putins, in den Staatmedien, der öffentlichen Kultur und dem staatlichen Bildungswesen zum Ausdruck kommt. Zunächst wurde der Krieg als Spezialoperation verharmlost und der Gebrauch des Wortes Krieg kriminalisiert. Heute wird Krieg im Regimediskurs als Chance zur revolutionären Umgestaltung gefeiert und als Vehikel zu Wiedergeburt der Nation gepriesen: die militärische Konfrontation und die innere Reinigung von „Feinden“ sind in Putins Darstellung zwei Seiten einer Medaille.

Der sogenannte Putin'sche Gesellschaftsvertrags ist Geschichte. Dessen zentrale Klausel lautete: Ihr mischt Euch nicht in die Politik ein, der Staat mischt sich nicht in eure Privatleben und eure Geschäfte ein. Dieser ungeschriebene Vertrag wurde vom Regime einseitig aufgekündigt. Stattdessen wird Biopolitik betrieben. Bürger haben sich mit Leib und Leben für die Kriegsziele des Staates zur Verfügung zu halten. Männer schützen weder Alter, schlechter Gesundheitszustand noch fehlende militärische Vorerfahrung vor einer Einberufung. Frauen und Mädchen werden frühe Mutterschaft und Kinderreichtum als patriotische Pflicht nahegelegt. Abtreibungen werden erschwert, höhere Bildung für Frauen wird im Staatmediendiskurs als Reproduktionshemmnis problematisiert.

Im staatlichen Erziehungs- und Bildungswesen aller Ebenen werden Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene militaristischer, nationalistischer und imperialistischer Indoktrinierung unterzogen. Krieg wird als Normalzustand dargestellt, Gewaltausübung als männliche Schlüsselkompetenz vermittelt. Der Heldentod fürs

Vaterland ist schon in den Klassenzimmern der Grundschule alltäglich präsent.

Unternehmen, Staatsbetriebe wie Privatunternehmen, werden zur Finanzierung des Krieges zusätzlich zur regulären Besteuerung in die Pflicht genommen, die Rolle des Staates als wirtschaftlicher Akteur, als Auftrags- und Arbeitgeber wächst. Ein stetig wachsender Anteil des intransparenten Budgets fließt in Ausgaben für Rüstung, Militär und Sicherheitsapparate.

Schon heute befindet sich Russland in der Selbstwahrnehmung und Selbstdarstellung ganz offiziell im Krieg mit dem Westen. Schon lange vor der Totalinvasion war im innerrussischen Diskurs ständig von einem Krieg mit dem Westen die Rede, während in Deutschland unverdrossen und realitätsblind von einer Partnerschaft mit Russland gesprochen wurde.

Das Feindbild des „Westens“ als ewigem Widersacher Russlands ist eine unverzichtbare Komponente der Ideologie des Regimes.

Der Krieg gegen den Westen wird nicht allein in der Gegenwart, in der Ukraine oder mittels hybrider Maßnahmen, Desinformation und Cyberattacken geführt. In der Darstellung Putins und anderer Exponenten des Regimes werden Gegenwart und Geschichte durch einen zivilisatorischen „ewigen“ Antagonismus zwischen dem Russland feindlich gesonnenen Westen und der russischen orthodoxen Zivilisation strukturiert. In der Darstellung der orthodoxen Kirchenführung, die eng mit dem Regime verwoben ist, befindet sich Russland in einem Heiligen Krieg gegen den „satanischen Westen“. Die offiziellen Geschichtsnarrative, die seit Kriegsbeginn in allen staatlichen Bildungsinstitutionen Pflichtprogramm sind, führen alle für Russland negativen Entwicklungen und Ereignisse in Geschichte und Gegenwart auf antirussische westliche Mächte zurück. Die liberale Demokratie, die eigentlich in der geltenden russischen Verfassung verankert ist, wird als Russland wesensfremd abgelehnt.

Eine regelbasierte internationale Ordnung, die Idee des Völkerrechts wird im nationalistischen Regimediskurs als vom Westen ersonnene Beschneidung der russischen Souveränität diskreditiert. Frieden ist in dieser Konzeption nicht möglich. Auch die Idee einer Koexistenz oder partiellen Kooperation ist nicht vorgesehen. Es gibt immer nur Atempausen zwischen den Waffengängen. Dabei wähnt das Regime Russland strukturell im Vorteil, es herrscht Optimismus, dass es in den

westlichen Demokratien nicht gelingt, auf Dauer Mehrheiten für die Unterstützung der Ukraine zu generieren.

Ein Teil der positiven Neubewertung des aktuellen Krieges beruht auf der Erwartung, dass Konflikte um die Verteilung von Kosten und Lasten die EU und westliche liberale Demokratien weiter schwächen, bestehende Konflikte und Systemdefizite verschärfen könnten. Putin stilisiert sich – wie etwa auf dem Valdai International Discussion Club Meeting im Oktober 2022 – unumwunden als Schutzherr der Populisten in Europa und weltweit und versichert seine Unterstützung im Kampf gegen die liberale Demokratie und den Gedanken der Europäischen Integration (<https://www.en.kremlin.ru/events/president/news/69695>).

### Das Verschwinden der UkrainerInnen

Auch in der Sicht auf die Ukraine und die Ukrainer haben sich im Kriegsverlauf radikale Verschiebungen ergeben. Da sich die UkrainerInnen nicht befreien lassen wollten, werden ihnen nicht nur die politische Selbstbestimmung abgesprochen. Auch ihre eigenständige ethnische, kulturelle und sprachliche Existenz wird ganz offen gelehnt.

Russland führt nicht nur Krieg gegen den ukrainischen Staat, die ukrainischen Streitkräfte, die ukrainischen Nation, sondern auch gegen die Menschen in den besetzten Gebieten, die sich nicht als integraler Bestandteil des russischen Volkes begreifen möchten. Dass die UkrainerInnen ihre eigenständige Identität behaupten, wird als Ergebnis Jahrhunderte währender antirussischer Manipulationen des Westens, als historische Fehlentwicklung gedeutet, die mit aller Gewalt rückgängig gemacht werden muss. Die Rede vom Brudervolk ist in den Hintergrund getreten. Ukrainer werden als Kleinrussen bezeichnet, wie in der Zarenzeit. Die Begriffe Ukrainer/ukrainisch werden fast nur noch in der Kombination mit faschistisch verwendet. Dieses Labeling als Faschisten katapultiert Menschen und Gruppen aus dem Universum menschlicher Verbindlichkeiten. Die Tötung von Faschisten bedarf keiner Begründung oder Rechtfertigung.

Die Besetzung und Annexion ukrainischer Gebiete bedeutet nicht ein Ende der Kriegshandlungen in diesen Gebieten, sondern die Fortführung des Krieges gegen einen anderen Feind, eine zivile Bevölkerungsgruppe, ihre Sprache, Kultur, ethnisch-nationale Identität

und wirtschaftliche Lebensgrundlagen. Dieser Krieg wird in den besetzten Gebieten nicht nur mit Zwang und Umerziehungspolitik, sondern auch mit Enteignungen, Kindesentziehungen, „Verschwindenlassen“, offenem Terror und Gewalt geführt.

Russland geht es nicht allein um Inbesitznahme von als „historisch russisch“ beanspruchten Gebieten. Die Realisierung des Ideals der Wiedergeburt des Russlands als Staat eines dreieinigen Volks mit einer heilsgeschichtlichen Sendung setzt die Vernichtung einer ukrainischen Nation in Gänze voraus. Es ist unwahrscheinlich, dass die russische Aggression gegen die als „Antirussland“ verstandene Ukraine dauerhaft an einer Demarkationslinie haltmacht.

### Putins Krieg?

Wie stehen die russischen Eliten und die russische Bevölkerung zum Krieg und seiner ideologischen Rechtfertigung? Ist dieser Krieg Putins Krieg? Löst sich das Problem vielleicht irgendwann von allein, mit Putins Entfernung von der Macht oder seinem Tod? Keines der möglichen Szenarien gibt Anlass zu dauerhaftem Optimismus. Nach der Entfesselung des Totalangriffs kam es zu keiner Elitenspaltung. Der Krieg und die ultranationalistischen, militaristischen und imperialistischen Narrative des Regimes werden nicht nur von Putins innerem Kreis und den Eliten in Verwaltung, Militär und Geheimdiensten mitgetragen. Auch Wissenschaftler, Propagandisten der Staatmedien, Militärblogger, Kulturschaffende, orthodoxe Kirchenhierarchen und einfache Priester stricken an diesen Narrativen mit und tragen aktiv zu ihrer Popularisierung und Radikalisierung bei. Antikriegsproteste wurden schnell und wirkungsvoll unterdrückt.

Es kann, regelmäßigen Umfragen des Levada-Zentrums zum „Konflikt“ mit der Ukraine zufolge, davon ausgegangen werden, dass konstant mehr als zwei Drittel der Bevölkerung den Krieg prinzipiell gutheißen ([www.levada.ru/en/](http://www.levada.ru/en/)). Initiativen zur Massenmobilisierung für den Krieg brachten indes nur mäßigen Erfolg. Es ist aber aus Sicht des Regimes auch nicht notwendig, dass die Masse der Bevölkerung von dieser Ideologie überzeugt ist. Wichtiger ist es, die Konformität mit dieser Ideologie zu erzwingen.

Dieser Krieg ist nicht allein Putins Krieg. Nationalistische, militaristische und imperialistische Ideologeme sind in verschiedenen

Varianten sowohl in der russischen Bevölkerung als auch in den staatlichen und wirtschaftlichen Eliten weit verbreitet. Die Zahl der aktiven Regimegegner hat durch Abfluss in die Emigration wahrscheinlich eher abgenommen. Der Krieg wird von der Mehrheit als notwendiges Übel akzeptiert. Eine substanzielle Minderheit unterstützt den Krieg aus ideellen oder wirtschaftlichen Gründen aktiv. Die Staatsklientel wächst und Einkommen und Lebensstandard der Bevölkerung sind bislang generell nicht dramatisch rückläufig. Die Ablehnung des Krieges bedeutet zudem nicht automatisch Empathie für die Ukrainer oder gar Bereitschaft für die begangenen Verbrechen und die ungeheuren menschlichen Verluste und materiellen Verwüstungen Verantwortung übernehmen zu wollen. Es spricht einiges dafür, dass die breite passive Unterstützung für den Krieg nicht zuletzt auf der Furcht vor den Konsequenzen einer russischen Niederlage fußt. Die staatliche Propaganda heizt diese Ängste durch „Sieg oder Untergang“-Szenarien an.

### Fazit

Russland fällt als „Partner“ aus, es muss mittelfristig vor allem um Sicherheit vor Russland gehen.

Das Putin-Regime hat eine klar revanchistische Agenda, ist stark ideologisiert, bejaht Krieg und Gewalt und es weiß um die Schwierigkeiten der liberalen Demokratien, die eigenen Ressourcen zu mobilisieren. Russland mag es objektiv an den materiellen Voraussetzungen fehlen, eine direkte militärische Konfrontation mit den NATO-Staaten bestehen zu können. Trotzdem sollte dieses Szenario nicht ausgeschlossen werden.

Es ist unbedingt notwendig, sich mit der ideologischen Komponente des Putin-Regimes zu beschäftigen, diese ernst zu nehmen. Die ideologischen Diskurse mögen uns intellektuell anspruchslos, wirklichkeitsfern, inkonsistent, aus der Zeit gefallen und amoralisch erscheinen; das ändert nichts daran, dass sie die Wahrnehmung prägen und handlungsleitende Wirkungen entfalten. Diese Diskurse haben zu einem Angriffskrieg geführt. In Russland selbst und in den von Russland angegriffenen und besetzten Gebieten in der Ukraine erzeugen und rechtfertigen diese Diskurse schon jetzt neototalitäre und eliminatorische Herrschafts- und Gewaltpraktiken. •

# Militärstrategische Antworten auf neue Herausforderungen

## Militärischer Beitrag

Die Überlegungen im voranstehenden Beitrag lassen unzweifelhaft erkennen, welchen Bedrohungen Deutschland in Europa entgeht, insbesondere aber eben nicht nur durch Russland. Antworten auf diese Herausforderungen erarbeitet die Militärstrategie der Bundeswehr.

## Ausgangslage

Die westliche Weltordnung sieht sich fundamentalen Herausforderungen ausgesetzt. Diese Lage trifft auf eine nach dem Ende des Kalten Krieges stringent auf internationales Krisenmanagement (IMK) ausgerichtete Bundeswehr. Der Kernauftrag der Bundeswehr, die Landes- und Bündnisverteidigung, rückte nach der Wiedervereinigung 1990 in den Hintergrund. Die sicherheitspolitische Lage hat sich aber spätestens mit dem völkerrechtswidrigen Krieg Russlands in der Ukraine grundlegend verändert.

Neben Russland sehen wir heute verschiedene staatliche und nichtstaatliche Akteure, welche der regelbasierten internationalen Ordnung teils feindselig (Russland, Iran, Nordkorea, terroristische Gruppen), teils als scharfer Rivale (China) gegenüberstehen. Sie untergraben die Ordnung mit Macht, auf konventionelle und hybride Weise. Dabei agieren sie global, zunehmend koordiniert und bedrohen deutsche Sicherheitsinteressen wesentlich. Bereits jetzt wird Deutschland täglich mittels Cyberattacken, Spionage, Sabotage und Desinformation angegriffen. Die Bedrohung ist längst in unserem Land angekommen.

Globale Megatrends wie die Ressourcenkonkurrenz, disruptive Technologiesprünge oder Klimawandel wirken dabei als Katalysatoren dieser Entwicklung. Zunehmend deutlicher zeichnen sich die Bruchlinien ab, an denen die Konflikte und Kriege der Zukunft entstehen werden. Die Bundesregierung hat auf diese neue sicherheitspolitische

Lage reagiert und eine Zeitenwende eingeleitet. Sie hat erstmalig in der Geschichte unseres Landes eine nationale Sicherheitsstrategie erlassen. Die Bundeswehr nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein. Sie hat sich wieder auf ihren Kernauftrag zu fokussieren: eine zeitgemäße Landes- und Bündnisverteidigung. Hierzu wurden neue Verteidigungspolitische Richtlinien vorgegeben und die erste Militärstrategie der Bundeswehr entwickelt. Mit ihr wird eine Gedankenwende vollzogen.

## Zweck der Militärstrategie der Bundeswehr

Die Militärstrategie der Bundeswehr setzt einen konzeptionellen Rahmen für unsere militärische Abschreckung. Sie verbindet Gegenstrategien gegen aktuelle Bedrohungen in geostrategisch relevanten Räumen zu einem globalen Gesamtansatz. Der militärstrategische Rahmen ist aus nationalen Sicherheitsinteressen abgeleitet und anschlussfähig an unsere Bündnisse. Er ermöglicht einen zielgerichteten Einsatz unserer militärischen Mittel und ist so ausgestaltet, dass er eine schnelle Adaption an ein verändertes Bedrohungsumfeld und Impulse für die Weiterentwicklung der Bundeswehr ermöglicht. Dieser Rahmen legt damit die Grundlage für eine schnelle, agile und flexible Bundeswehr. Mit seinen Ableitungen skizziert er den Weg der Bundeswehr zu einer kriegstüchtigen, durchsetzungsfähigen und damit abschreckungsfähigen Armee.

## Kernaussagen der Militärstrategie der Bundeswehr

Die regelbasierte internationale Ordnung als Garant von Frieden und Wohlstand ist in realer Gefahr. Dieser Zustand hat sich bereits in einer globalen, anhaltenden Systemrivalität manifestiert. Global agierende Gegner bedrohen deshalb Deutschlands Sicherheit in unterschiedlichen geostrategischen Räumen einschließlich des Weltalls und tun dies mit unterschiedlichen Mitteln und Methoden. Die Trennlinien des klassischen Verständnisses von Frieden, Krise und Krieg sind aufgelöst.

Die Militärstrategie der Bundeswehr setzt einen militärstrategischen Rahmen mit einer globalen Perspektive, der aus nationalen sicherheitspolitischen Interessen abgeleitet ist. Sie richtet das eigene militärische Handeln konsequent gegen die aktuellen und zukünftigen Bedrohungen der deutschen Sicherheitsinteressen aus.

Der militärstrategische Rahmen legt dafür fünf geostrategische Räume – den euroatlantischen Raum, den Krisengürtel bestehend aus Nord- und Westafrika, der Sahelregion, Naher- und mittlerer Osten, den Indopazifik, den Cyber- und Informationsraum sowie den Weltraum – militärstrategische Ziele und die strategischen Effekte fest, die zur Zielerreichung erfüllt werden müssen.

Im euroatlantischen Raum konzentriert sich die Bundeswehr dabei auf Abschreckung und Verteidigung im Zusammenwirken mit unseren Verbündeten. Wir verteidigen die territoriale Integrität unseres Landes und der Bündnisse sowie die Freiheit unserer Bevölkerung und die unserer Verbündeten.

Im Krisengürtel liegt der Schwerpunkt unseres Handelns auf der Eindämmung von Bedrohungen und auf der Stabilisierung der Gegenküste. Landes- und Bündnisverteidigung beginnt nicht an unseren Grenzen, sondern dort, wo Bedrohungen ihren Ursprung nehmen und ihr Nährboden sich ausbreitet.

Im Indopazifik verfolgt die Bundeswehr einen Ansatz der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit, vorrangig mit Mitteln der Verteidigungsdiplomatie und regelmäßigen militärischen Präsenzen. Wir unterstützen Partner beim Aufbau militärischer Fähigkeiten und leisten einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung. Im Kern ist dies eine Abschreckungsunterstützung für die USA zum Zwecke des reziproken, amerikanischen Abschreckungserhalts in Europa.

Die Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung bedingt auch die Sicherstellung der zivilen und militärischen Handlungs- wie Verteidigungsfähigkeit im Weltraum. Die Verfügbarkeit weltraumgestützter Daten, Dienste und Produkte muss auch unter Bedrohung gewährleistet werden. Daher gilt es, die Resilienz und Verteidigungsfähigkeit unserer zivilen und militärischen Weltrauminfrastrukturen so zu stärken, dass natürliche und menschengemachte Gefahren und Bedrohungen frühzeitig erkannt werden können, um sodann wirksame Gegenmaßnahmen zu ermöglichen. Dies erfordert sowohl Fähigkeiten zum Schutz und zur Verteidigung der eigenen Weltraumsysteme als auch Fähigkeiten zur Wirkung gegen gegnerische Weltraumsysteme.

Für den Cyber- und Informationsraum muss die Bundeswehr den Schutz, die Sicherheit und die Resilienz eigener Systeme und Netze

sicherstellen. Angriffe in oder aus dieser Dimension können Ausmaß und Wirkung eines bewaffneten Angriffs erreichen und daher nationale und/oder kollektive Verteidigung erforderlich machen.

Neben diesen spezifischen Gegenstrategien skizziert die Militärstrategie die Zukunft der Abschreckung. Dabei geht es im Kern darum, dass ich mich verteidigen kann, der Gegner von meinem Verteidigungswillen überzeugt ist und ich das Risiko sowie die mit einem Angriff verbundenen Kosten für ihn so hoch setze, dass er sich gegen einen Angriff entscheidet. Sie ist gesamtgesellschaftlich anzulegen, als integrierter Gesamtansatz, und verlangt neben militärischen Fähigkeiten unter anderem eine wehrhafte Gesellschaft, leistungsfähige und vorbereitete hoheitliche Strukturen, eine leistungs-, konkurrenz- und adaptionsfähige Wirtschaft, innovative Forschung, enge Kooperation mit Partnern und eine tiefe und vertrauensvolle Einbindung in die Bündnisse.

Abschreckung ist dabei nicht rein passiv zu verstehen. Es gilt, dem Gegner fortlaufend strategische Herausforderungen zu bereiten: gezielte strategische Aktivitäten und „strategic messaging“ – umgesetzt mit strategischer Disziplin – mit dem Ziel, Effekte bei ausgewählten Zielgruppen zu erzielen, um abzuschrecken und Frieden zu wahren. Um nicht berechenbar zu sein, darf nicht in festen Mustern gehandelt werden.

Zukünftige Abschreckung ist daher integriert, dynamisch, adaptiv, strategisch ausgerichtet und durch Entschlossenheit und Ambiguität gekennzeichnet. •



Bild: Bundeswehr/Rupprecht

## Russlands Bedrohung als starke demokratische Gesellschaft entgegentreten

Sven Bernhard Gareis

In den sicherheitspolitischen Diskursen ist seit einiger Zeit wieder viel – und sicher auch zu Recht – davon die Rede, dass die Bundeswehr in den vergangenen Jahrzehnten kaputtgespart wurde und derzeit nur äußerst eingeschränkt in der Lage ist, ihre Beiträge zu Abschreckung und Verteidigung im nationalen wie im NATO-Rahmen zu leisten. Übersehen wird dabei aber oft, dass auch die deutsche Gesellschaft seit der Wiedervereinigung vielen Umbrüchen und Veränderungen ausgesetzt war und dies weiterhin und verstärkt ist – gerade in den Zeiten der Polykrise von Kriegen, Flucht- und Migrationsbewegungen, globalen Pandemien wie COVID-19 oder immer schwereren Klima-

und Wetterereignissen. Anders als noch vor einigen Jahren sind die Auswirkungen all der Krisenszenarien in Deutschland immer direkter und intensiver zu spüren. Unterbrechungen von Lieferketten als Folge von Pandemien oder durch Angriffe auf die internationale Handelsschifffahrt etwa im Roten Meer haben direkte Folgen für eine global vernetzte Volkswirtschaft wie Deutschland und lösen Sorgen um den Fortbestand des eigenen Wohlstands aus. Russlands Krieg führte zum sprunghaften Anstieg zunächst von Energie- und dann von Lebensmittelpreisen, was schließlich in eine allgemeine und hohe Inflation bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Stagnation mündete.

Neben verbreiteten Ängsten vor sozialem Abstieg oder vor zu großer Einwanderung zeigt sich in vielen Teilen der Gesellschaft Ermüdung und Vertrauensverlust in lange Zeit erfolgreiche Verfahren deutscher Sicherheits- und Daseinsvorsorge. Wie in vielen anderen Ländern erstarken auch in Deutschland Parteien, die einfache nationale Lösungen für komplexe innerstaatliche wie internationale Herausforderungen versprechen – und Vorteile aus der faktischen Überforderung von Regierung und Gesellschaft mit den sich überlagernden Großkrisen ziehen wollen. Die seit langem erkennbaren Prozesse gesellschaftlicher Fragmentierung haben sich nach mehr als einem Jahrzehnt dauerhafter Polykrisen und getrieben durch Gefühle tiefer Verunsicherung und Zukunftsängsten weiter beschleunigt.

Zwar befindet sich Deutschland anders als die Ukraine in keinem mit Panzern, Bomben und Raketen geführten Krieg – ist aber ebenfalls vielfältigen Formen hybrider Kriegsführung ausgesetzt, die auf die Schwächung seiner freiheitlichen Demokratie durch gesellschaftliche Spaltung und Vertrauensverlust in staatliche und gesellschaftliche Institutionen zielen und versuchen, gesellschaftliche Diversität in gesellschaftliche Fragmentierung zu verwandeln. Russland agiert virtuos auf diesem Gebiet – auch und gerade in Deutschland, wo das Spektrum von wiederkehrenden Desinformationskampagnen über politische Einflussnahme durch die Unterstützung bestimmter Parteien oder Hackerangriffen bis hin zum Mord an einem Dissidenten im Berliner Tiergarten reicht.

Hybride Maßnahmen setzen unterhalb der Schwelle klassischer Gewaltanwendung an – etwa an politischen, sozio-ökonomischen, religiösen oder ethnisch-kulturellen Rissen und Bruchstellen in Staaten und Gesellschaften, Ängsten vor dem Fremden, dem

Abgehängtsein oder vor der Überforderung durch die Globalisierung. Sie können die digitale Infrastruktur des Landes beschädigen, durch Desinformationskampagnen Wahlen beeinflussen oder unterschiedliche soziale oder ethnische Gruppen polarisieren und gegeneinander aufstacheln. In einer Gesellschaft, die verlernt hat, Kompromisse zu suchen und zu finden, können sich dann rasch autoritäre Ordnungsstrukturen herausbilden. Wenn in Deutschland autoritäre Parteien, die russische Narrative als Friedenspolitik anbieten, bei der Europawahl oder einigen Landtagswahlen 40 oder mehr Prozent der Wählerstimmen erreichen, ist dies eine äußerst bedenkliche Entwicklung.

Im politischen Bereich wird daher von den verantwortlichen Akteuren Klarheit, Entschlossenheit und nicht zuletzt Mut zur politischen Führung bei der Benennung und Behandlung von Herausforderungen verlangt. Wenn etwa Verteidigungsminister Boris Pistorius davon spricht, dass die Bundeswehr binnen weniger Jahre „kriegstüchtig“ gemacht werden muss, ist dies zweifellos eine drastische Wortwahl. Sie erscheint aber als ein wichtiger Debattenbeitrag in einer Situation, in der sehr konkrete Gefahren nicht mehr verdrängt oder mit beschönigenden Formulierungen kleingeredet werden können. Immerhin führt Pistorius – trotz oder wegen seiner klaren Worte – seit langem die Liste der am meisten geschätzten Politiker Deutschlands an.

Aber auch die einzelnen Bürgerinnen und Bürger sind in ihrer individuellen Verantwortung zunehmend gefordert. Neben mehr Wissen über und Sensibilität für Bedrohungen im Cyberraum oder durch Desinformationskampagnen gilt es, mittels größerer Achtsamkeit, gegenseitigem Respekt, Diskursoffenheit und Kompromissfähigkeit zu mehr Bürgersinn zu gelangen und wieder ein Klima zu schaffen, welches Diversität als Stärke einer freiheitlichen Demokratie ermöglicht und einfordert, um so die Risiken der gesellschaftlichen Spaltung zu reduzieren.

Auf der politisch-strategischen Ebene treten vor diesem Hintergrund neben die klassischen Formen der Sicherheitsvorsorge etwa durch das eigene Militär und die Mitgliedschaft in Organisationen und Bündnissen wie VN, EU und NATO verstärkt Bemühungen um gesamtgesellschaftliche Resilienzbildung. Hinter diesem Begriff steht die Fähigkeit staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen, ihre Funktionsweisen so abzusichern, dass diese nach einem nicht abwendbaren

Schadensereignis so rasch wie möglich zu einem größtmöglichen Maß an Normalität zurückkehren können. Deutschlands 2023 vorgelegte erste Nationale Sicherheitsstrategie bezeichnet ihren umfassenden Ansatz denn auch als „Integrierte Sicherheit“, die mit den Attributen „Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig.“ weiter ausbuchstabiert wird.

Mit Blick auf die gesamtgesellschaftliche Resilienzbildung bedeutet dies, integrative Ansätze zu verfolgen und umfassende Teilhabe an Lebenschancen zu ermöglichen, um den aus sozio-politischer Polarisierung und Fragmentierung entstehenden Gefahren zu begegnen. Das Fundament von Resilienz besteht in Demokratien im Grundvertrauen zwischen einem funktionsfähigen Staat und der diesen tragenden Gesellschaft, die bei aller Unterschiedlichkeit von Lebensformen, Meinungen oder Prägungen ihrer Mitglieder die gemeinsame Verantwortung für das Miteinander nicht verloren hat.

Für ein solches Grundvertrauen ist auch in Deutschland ein Staats- und Verwaltungsapparat funktionierender Institutionen der Daseinsvorsorge vom Kultur-, Sozial- und Gesundheitswesen über Infrastruktur, Polizei und Justiz bis hin zur Bundeswehr eine notwendige Bedingung.

Weiter erforderliche Wege erläutert der World Happiness Report, ein globales Forschungsprojekt in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen zur Erfassung von Lebensqualität entlang von Kategorien wie Einkommen und Wohlstand, Gesundheit, gesellschaftliche Unterstützung, Freiheit in der Lebensgestaltung, Großzügigkeit (im Sinne von Beiträgen zur Gemeinschaft) und Freiheit von Korruption. Der seit 2012 erscheinende Bericht zeigt regelmäßig die engen Zusammenhänge zwischen einer hohen Lebensqualität ermöglichenden guten und inklusiven Regierungsführung sowie dauerhafter gesellschaftlicher Stabilität auf. Der Nexus ist offensichtlich: Höhere Lebensqualität steigert die Bereitschaft zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung und reduziert die Gefahren von Fragmentierung und Spaltung. Dies entspricht den Forschungsergebnissen der 2024 mit dem Nobelpreis für Wirtschaft ausgezeichneten Autoren Daron Acemoglu und James A. Robinson in ihrer global vergleichenden Studiensammlung zur Frage „Warum Nationen scheitern“. Sie zeigen auf, dass inklusive Gesellschaften stabiler, anpassungsfähiger und gegenüber Krisen resilienter sind als solche, deren Mitglieder nach Vorteilen und Privilegien zulasten anderer streben.

Richtig umgesetzt bedeutet ein solcher Ansatz die Stärkung innergesellschaftlicher Kohäsion. Das Vertrauen in die Fähigkeiten des eigenen Landes, der eigenen Regierung, der eigenen Gesellschaft, den bestehenden und den noch nicht erkennbaren Risiken entgegenzutreten zu können, stellt eine eigenständige Quelle von Sicherheit dar.

Daraus entsteht die Kraft, den Gefahren der russischen Aggression als starke, selbstbewusste und auf ihre freiheitlich-demokratischen Errungenschaften vertrauende Gesellschaft wirksam entgegenzutreten. •

Autorinnen und Autoren

Gareis, Prof. Dr. Sven Bernhard – Direktor bei der Führungsakademie der Bundeswehr, ist seit 2023 Leiter der Fakultät Politik, Strategie und Gesellschaftswissenschaft und seit 2007 Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster. Er arbeitet zu Fragen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, zu Internationalen Organisationen (EU, NATO, VN) sowie zur Politik Chinas und Ostasiens.

Aktuelle Publikationen:

- 75 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte - Ansätze und Perspektiven für deren Schutz in herausfordernden Zeiten. 2024 (Hrsg. mit Gunter Geiger)
- Sicherheit und Strategie. In: Weidenfeld, Werner/Höchstetter, Klaus (Hrsg.): Strategisch denken. Antworten in der Zeitenwende. 2024, S. 65 – 82:
- Von Verteidigung zu Sicherheit: Wandel von Strategie und Selbstverständnis der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges. In: Bürger & Staat (1) 2024, S. 21 – 28
- Wege aus der Gefahr. Wie kommt Deutschland durch die Zeiten der Polykrise? (Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften – Aufrufbar auf [www.zebis.de](http://www.zebis.de)) 2024
- Chinas Außen- und Sicherheitspolitik. In: Staack, Michael (Hrsg.): Einführung in die Internationale Politik. 6. Auflage 2023, S. 273 – 307
- Internationale Sicherheitspolitik (Bundeszentrale für Politische Bildung – Informationen zur politischen Bildung Heft 353) 2023
- Deutsche Sicherheitspolitik. Herausforderungen, Akteure und Prozesse. 3. Auflage 2021
- Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Einführung. (Hrsg. mit Stephan Böckenförde) 3. Auflage 2021

Gillner, Dr. Matthias – Dozent bei der Führungsakademie der Bundeswehr für Katholische Sozialethik.

Aktuelle Publikationen:

- Verteidigungsbereit und wehrhaft statt „kriegstüchtig“. Für eine friedensorientierte Politik angesichts einer militärischen Bedrohung. In: EB - Erwachsenenbildung (1), S. 12 – 15 (erscheint 2025)
- Friedensorientiert – verteidigungsbereit – wehrhaft. In: Kompass. Die Zeitschrift des Katholischen Militärbischofs (3), 2024, S. 13

- Ethische Bildung in der Bundeswehr: Selbstbindung an Werte und moralische Urteilskraft. In: Ethik und Militär. Kontroversen in Militäretik und Sicherheitspolitik (2), 2019, S. 25 – 33

Jaberg, Dr. habil. Sabine – Dozentin bei der Führungsakademie der Bundeswehr für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Friedensforschung sowie Mitglied der AG Friedenslogik bei der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

Aktuelle Publikationen:

- Friedensforschung. In: Achour, Sabine/Bieling, Hans-Jürgen/Schieren, Stefan/Schildbach, Ina/Varwick, Johannes (Hrsg.): Kursbuch Politikwissenschaft II: Forschungs- und Politikfelder. 2024, S. 54 – 80
- Warum ist die Banane krumm? Oder: Wie bekommt man den Frieden wieder in die IB-Theorie? In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen (zib), (1) 2024, S. 67 – 78
- Begriffe und Dimensionen des Friedens in der Friedensforschung. In: Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.): Handbuch Religion in Konflikten und Friedensprozessen. Band 1. 2024, S. 267-283

Nachtwei, Winfried – ehemaliges Mitglied des Bundestags (1994 – 2009) und Mitglied des Verteidigungsausschusses, Sachverständiger der Enquete-Kommission des Bundestages zu Afghanistan, Mitglied im Beirat Innere Führung des Verteidigungsministers, im Beirat Zivile Krisenprävention der Bundesregierung, im Vorstand „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, Mit-Koordinator der AG Bundeswehr in der BAG Frieden & Internationales von Bündnis 90 / Die Grünen. Schwerpunkte: Begleitung und Auswertung deutscher Kriseneinsätze seit 1995 und ihrer militärischen, zivilen und polizeilichen Komponenten; Wertschätzung von Einsatzkräften und Unterstützung der Geschädigten; (zivile) Krisenprävention; Erinnerungsarbeit zum deutschen Vernichtungskrieg im Osten, zum Rigaer Ghetto und zur Gegenwartsgeschichte; Neuorientierung der Friedens- und Sicherheitspolitik, Ukraine-Solidarität, Erfahrungslernen und Förderung von Wehrhaftigkeit. Jüngster Beitrag:

- Wehrhafter Frieden: Kommunikation an der Friedensfront zu Kriegszeiten. Dezember 2024. Abrufbar auf [www.domainhafen.org](http://www.domainhafen.org)

Schenke, Dr. Cornelia – Dozentin bei der Führungsakademie der Bundeswehr.

Aktuelle Publikationen:

- Von gestern. Putins geschichtsideologische Rechtfertigung des Angriffskriegs gegen die Ukraine. #GIDSresearch (3) 2022, Juni 2022
- Die sowjetische Nationalitätenpolitik in der Ukraine 1917-1991. In: Martin Rinck, Clemens Haug und Helmut R. Hammerich, Brill (Hrsg.): Ukraine und Ostmitteleuropa, 2023, S. 99 – 115

Terhalle, Dr. habil. Maximilian – Dozent bei der Führungsakademie der Bundeswehr. Dr. habil. Maximilian Terhalle unterrichtet zu Fragen von Strategie und Sicherheitspolitik an der Führungsakademie und ist mit der Hoover Institution/Stanford University affiliert. Zuvor war er Gastprofessor an der London School of Economics (2021 – 2024) und lehrte/forschte u.a. bei King's College London sowie den Universitäten Cambridge, Columbia und Yale. Er hat überdies für das britische Verteidigungsministerium als Senior Adviser gearbeitet.

Aktuelle Publikation:

- „The Responsibility to Defend: Re-thinking Germany's Strategic Culture“ IISS 2021 (mit Bastian Giegerich).
- Strategie als Beruf. Überlegungen zu Strategie, Weltordnung und Strategic Studies. 2020
- The Transition of Global Order. Legitimacy and Contestation. 2015

Tomforde, Prof. Dr. Maren – Leiterin des Fachgebiets „Globale Internationale Beziehungen“ an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg (seit 2021). Zudem ist sie Honorarprofessorin am Department of Security Studies and Criminology an der Macquarie University in Sydney, Australien. Maren Tomforde hat in Münster, Paris und Hamburg Sozial- und Kulturanthropologie sowie Internationale Beziehungen studiert. 2005 promovierte sie in Sozial- und Kulturanthropologie an der Universität Hamburg. Von 2003 bis 2007 forschte sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr zu deutschen Auslandseinsätzen auf dem Balkan und in Afghanistan. Von 2007 bis 2021 war sie als Dozentin für Ethnologie an der Führungs-

akademie der Bundeswehr tätig und hatte Lehraufträge an der Humboldt-Universität zu Berlin und an dem Institut für Friedens- und Konfliktforschung der Universität Hamburg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die sicherheitspolitischen Herausforderungen im Indopazifik, der Wandel der Weltordnung, Postkolonialismus und Kritische Internationale Beziehungen, Militärkultur und -anthropologie sowie Frauen, Frieden und Sicherheit (UN Resolution 1325).

Aktuelle Publikationen:

- Strategic Autonomy and Regional Organisations: Comparing ASEAN and the EU (mit Felix Heiduk). In: Strategic Autonomy: Complexities in a Changing World (derzeit im Druck).
- Processing violence: the continuum between fear, doubt, and joy among German soldiers in Afghanistan. Oktober 2024. In: War & Society – Taylor & Francis Online. Abrufbar auf [www.tandfonline.com](http://www.tandfonline.com)
- Military Heroism in Germany: A Contested and Ever-Changing Concept. April 2024. In: Military Heroism in a Post-Heroic Era.
- Militärische Kultur (mit Ulrich vom Hagen). Mai 2023. In: Militärsoziologie – Eine Einführung.

Wiesendahl, Prof. Dr. Elmar – ehemaliger Leiter des Fachbereichs Sozialwissenschaften an der Führungsakademie der Bundeswehr. Seit 1974 gehörte er von Beginn an zum Dozentenkreis der Fachgruppe Sozialwissenschaften in Hamburg. Dann wechselte er 1992 als Professor für Politikwissenschaft an die Universität der Bundeswehr in München. 2016 kehrte er als Direktor und Leiter des Fachbereichs Sozialwissenschaften an die Führungsakademie zurück. Neben seinem militärsoziologischen Profil gehört Prof. Wiesendahl zu den führenden Parteienforschern in Deutschland. 2024 wurde sein Lehrbuch „Parteienforschung. Ein Überblick“ ins Englische übersetzt. Zur Inneren Führung verfasste er zuletzt 2023 die Studie „Sparta ante Portas – von der Aushöhlung der Inneren Führung“, WIFIS-aktuell, Band 76. Verlag Barbara Budrich, Opladen, Berlin, Toronto. Für seine herausragenden wissenschaftlichen Leistungen erhielt Professor Wiesendahl 2021 den Otto-Kirchheimer-Preis.

Die Führungsakademie der Bundeswehr blickt auf 50 Jahre enger Begleitung der Ausbildung des militärischen Spitzenpersonals durch Dozentinnen und Dozenten aus geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen zurück.

Der Beitrag der Fakultät Politik, Strategie und Gesellschaftswissenschaft (Fakultät PSGW) und ihrer Vorgängerinnen zur Reflexion militärischen Denkens und Handelns im gesamtgesellschaftlichen Kontext dient dabei der festen Verankerung des Leitbilds vom „Staatsbürger in Uniform“ und den Grundsätzen der Inneren Führung in der beruflichen Identität der an unseren Lehrgängen teilnehmenden Offizierinnen und Offiziere.

Das akademische Wirken der Fakultät ist umso signifikanter, als Deutschlands freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen heute existenzieller Gefahr gegenübersteht. Staat, Bundeswehr und Gesellschaft müssen ihr gemeinsam entgentreten.

Das „Wie“ des „Entgegen“ wurde während des Dies Academicus der Fakultät PSGW am 12. September 2024 vorgestellt und mit einem breitgefächerten Publikum aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Militär intensiv diskutiert.

Die in diesem Band vorgestellten Beiträge zeigen auf, wie militärische sowie geistes- und sozialwissenschaftliche Ansätze miteinander verschränkt wirken.

Herausgeber:

Prof. Dr. Sven Bernhard Gareis ist Leiter der Fakultät PSGW bei der Führungsakademie der Bundeswehr und Professor an der Universität Münster

Dr. habil. Maximilian Terhalle ist Dozent für Sicherheitspolitik und Strategie an der Führungsakademie (Fakultät PSGW) und Gastwissenschaftler an der Stanford University

